

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis per Nummer 1 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1.10 Mark, halbjährlich 2.20 Mark, jährlich 4.40 Mark. Einmalige Beiträge 10 Pfennig. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Einmalige Beiträge in die Post. Belegblätter unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interflons-Gebühr**  
 Bezahlt für die sechsgehebrte Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Belegblätter und Besondere-Belegblätter 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zuletzt festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten des Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteinst. 1878.

Telegraphisch - Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 15. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Oesterreichische und bulgarische Fortschritte in Albanien.

## Italien.

Die Reden des Ministerpräsidenten Antonio Salandra, die erbitterten Diskussionen der italienischen Presse, die Romreise Briand's zeigen auf unfreundliches Wetter am italienischen Barometer. Mit welchen Hoffnungen ist in den wüsten Jubeltagen des Mai der Krieg eröffnet worden, und wie herbe Enttäuschungen hat das Volk seither erlitten!

Was hat Italien gewollt?

Der alte Irredentismus zog seine Kraft aus der geschichtlichen Erinnerung und strategischen Erwägung. In Deutschland ist der nationale Einigungskampf 1848-71 wie in Italien gegen Oesterreich und Frankreich geführt worden. Der bedeutendste Gegner, der „Erbfeind“ des einigen Deutschlands war aber das kaiserliche Frankreich, während Italien seine Unabhängigkeit hauptsächlich auf Kosten Oesterreichs erkämpfen mußte, sich dabei sogar der Hilfe Frankreichs erfreute und mit dieser Macht nur vorübergehend in Konflikt geriet, als die klerikale Regierung Louis Napoleons das päpstliche Regime in Rom stürzte. So blieb der Gegensatz zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn stärker und lebendiger als zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, obwohl in der Donaumonarchie unvergleichlich mehr Deutsche als Italiener wohnen. Verstärkt wurden diese lebhaften antioesterreichischen Gefühle durch die peinliche Empfindung, daß die Hoebene und die italienische Diktate sozusagen im Schutzbereich der österreicherischen Kanonen ständen. Und in der Tat zeigen die kriegerischen Ereignisse die Uneinnehmbarkeit der Alpenstellung und die Gefährdung der italienischen Diktate durch die österreicherische Flotte, die an der istrinischen und dalmatinischen Küste ideale, durch vorgelagerte Inseln ausgezeichnet gesicherte Stützpunkte hat.

Darum strebten viele Italiener mit heißer Sehnsucht nach der Befreiung der Italia irredenta, des unerlösten Italiens, nach der Verbindung Triests und des Tridentiner Landes mit dem Königreich. Der in der deutschen Presse beliebte Hinweis auf Savoyen, Nizza, Korsika, Tunis, wo ebenfalls zahlreiche Italiener „unerlöst“ lebten, fiel platt zu Boden. Denn einmal sind diese Italiener entnationalisiert und Franzosen geworden, was bei der nahen Verwandtschaft der beiden romanischen Sprachen sehr leicht gewesen ist. Und dann war in Italien die Ueberzeugung allgemein — die falsch gewesen sein mag, die aber vorhanden gewesen ist —, daß die Mittelmächte die Linie des geringeren Widerstandes darstellten.

Mit dem alten Irredentismus wirkte aber der moderne italienische Imperialismus zusammen oder besser: das italienische Siedlungstreiben. Imperialismus ist das Verlangen nach politisch und wirtschaftlich beherrschten Absatzmärkten und Gebieten für Kapitalanlagen und Rohstofflieferungen. Italien hat nicht nur nicht kein Kapital zur Ausfuhr frei, es muß sogar Gott für jeden englischen, französischen, deutschen, schweizerischen Kapitalisten danken, der sein Geld im italienischen Handel oder Gewerbe anlegt. Auch die Ausfuhr von Fabrikaten ist gering oder doch nicht so groß, um auch vor einem sehr enthusiastischen Volk einen Krieg um Handelsmärkte zu rechtfertigen. Die wirtschaftliche Triebkraft des Ausdehnungsdranges Italiens ist sein großes Elend, die Auswanderung von über 700000 Menschen, von denen zwar ein großer Teil in die Heimat zurückkehrt, von denen aber auch ein Teil dem alten Vaterland für immer verloren geht und die alle in gesellschaftlich gedrückter Lage zu den schwersten Arbeiten vielfach ohne jeden Schutz für Leben und Gesundheit gedungen werden. Italien ist nicht allein um Triest und Trent in den Krieg gezogen. Triest und Trent, die dem alten Irredentismus Erfüllung alles politischen Strebens waren, galten dem italienischen Siedlungsdrang nur als Stützpunkte zur Gewinnung politischen Einflusses auf dem Balkan. Seitdem die italienische Flagge über Valona und dem Dobeleanos (ägäischen Inseln) hochgegangen war, fühlte sich Italien am Balkan am stärksten interessiert, dessen Vormacht es im Verein mit Rumänien zu werden hoffte. In Kleinasien aber sollte sich das Siedlungsland finden, das nach der tripolitischen Enttäuschung als das Paradies für die vielen Hunderttausende Auswanderer galt, die im überfüllten Vaterland kein Brot fanden. So zieht Italien im östlichen Mittelmeergebiet mit Griechenland und Deutschland zusammen, gegen das sich auch unklar empfundene soziale Antipathien zeigten. Wehlich wie in Rußland und Rumänien ist in Italien und sogar auch in Frankreich der Deutsche der Pionier des Fortschritts in Handel und Gewerbe. Er stärkt in dieser Rolle die fremden Volkswirtschaften, aber er zieht aus ihnen auch großen Nutzen. Der Kampf gegen das Kapital gewinnt, weil das Kapital fremd ist, eine nationale Färbung und findet auch in einheimischen bürgerlichen Kreisen lebhaften Anklang, die zwar nicht gegen die Kapitalisten schlechthin, sondern nur gegen die

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Februar 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die lebhaften Artilleriekämpfe dauerten auf einem großen Teil der Front an. Der Feind richtete nachts sein Feuer wieder auf Lens und Lievin.

Südlich der Somme entwickelten sich heftige Kämpfe um einen vorspringenden erweiterten Sappenkopf unserer Stellung. Wir gaben den umfassenden Angriffen ausgesetzten Graben auf.

In der Champagne wurden zwei feindliche Gegenangriffe südlich von Ste. Marie-a-Py glatt abgewiesen. Nordwestlich von Lahure entrißen wir den Franzosen im Sturm über 700 Meter ihrer Stellung. Der Feind ließ sieben Offiziere, über dreihundert Mann gefangen in unserer Hand und bißte drei Maschinengewehre, fünf Minenwerfer ein. Die Handgranatenkämpfe östlich von Maisons de Champagne sind zum Stillstand gekommen.

Südlich von Lusse (östlich von St. Die) zerstörten wir durch eine Sprengung einen Teil der feindlichen Stellung.

Bei Obersept (nahe der französischen Grenze nordwestlich von Pirt) nahmen unsere Truppen die französischen Gräben in einer Ausdehnung von etwa 400 Meter und wiesen nächtliche Gegenangriffe ab. Einige Dutzend Gefangene, zwei Maschinengewehre und drei Minenwerfer sind in unsere Hand gefallen.

Die deutschen Fluggeschwader griffen Bahnanlagen und Truppenlager des Feindes auf dem nördlichen Teile der Front an.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von einigen für uns erfolgreichen Patrouillen-gefahrten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreicherische Generalkstabsbericht.

Wien, 14. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird verkündet:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützkämpfe an der italienischen Front waren gestern an einigen Stellen sehr heftig. Unsere neu gewonnene Stellung im Nombon-Gebiete wurde gegen mehrere feindliche Angriffe behauptet.

### Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Die in Albanien operierenden I. und II. Streitkräfte haben mit Vortruppen den unteren Arzon gewonnen. Der Feind wich auf das Südufer zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkstabs:  
 von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

fremden Kapitalisten als unbequeme Konkurrenten sind. So erklärt sich auch, daß gerade die Demokraten und Sozialreformer in Italien so gut wie in Rußland Träger des Krieges gegen Deutschland sind.

Aus dieser Darlegung der Gründe, die Italien zum Eingriff in den Weltkrieg bewogen haben, läßt sich erst die gegenwärtige Situation Italiens beurteilen. Trotz heroischer Aufopferung haben die italienischen Sturmkolonnen die Steinvälle des Karstes und der Dolomiten nicht genommen. Nord- und Mittelalbanien, Montenegro und Serbien bis hart an Salonik stehen unter österreicherischem Einfluß. Die Frachtsteuerung und die infolge der Währungsverschlechterung geminderte Kaufkraft des italienischen Geldes haben die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Arbeitsmitteln äußerst erschwert, verteuert, ja geradezu gefährdet. Nichts ist erreicht: der alte Irredentismus ist so unbesriedigt wie der neue „demokratische Volksimperialismus“. Aus dieser fast verzweifeltsten Situation tönt der Anglist des „Corriere della Sera“: „Wird die Schlußbilanz des Krieges ergeben, daß Italien bei den neuen Verbündeten das gewonnen hat, was es bei den alten aufgab?“ Diese Frage hat eine ganz

besondere Bedeutung. Italien hat als Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns einen seltenen Einfluß ausgeübt, nicht nur, weil es im Dreibund seine Extratouren und Liebesdienste teuer bezahlen lassen konnte, sondern weil es durch den jetzt veröffentlichten Artikel VII des Dreibundvertrages auf die wichtigsten Entschlüsse Oesterreich-Ungarns gewirkt hat.

Dieser Artikel, ohne dessen Kenntnis die Enthaltfamleitspolitik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan und ein gut Teil der Geschichte der letzten Jahre unverständlich bleibt, bestimmt, daß beide Mächte die gegenwärtige (vor den Balkankriegen bestandene) Machtverteilung im Orient erhalten sollten, daß sich beide Mächte über ihre eigenen Absichten und die anderer Völker unterrichten sollten; daß Oesterreich-Ungarn oder Italien auf dem Balkan eine zeitweilige oder dauernde Besetzung nur nach einem vorherigen Uebereinkommen vornehmen sollten, das dem anderen Vertragsgenossen eine angemessene Entschädigung für jeden so gewonnenen Vorteil zu gewahren hätte.

Durch den Artikel VII war Oesterreich-Ungarn in seiner Handlungsfreiheit gebunden und mußte mit verchränkten Armen zusehen, wie Rußland alle lebendigen Kräfte des Balkans in seinem Kampfe gegen Konstantinopel mobilisierte, wollte es nicht durch einen Eingriff die gefährdete Festsetzung Italiens in Albanien legitimieren. Oesterreich-Ungarn hat durch die Kriegserklärung Italiens seine Hände freibekommen, und Italien muß bis jetzt ohnmächtig zusehen, wie die österreicherischen Heere vordringen.

Die Schuld der italienischen Regierung liegt auch darin, daß sie nach der Schlacht an der Marne wegen der miserablen Heeresausrüstung zu einer Entscheidung unfähig war, und daß sie später in übertriebener Selbstüberschätzung und Unterschätzung des Gegners die ach so schwache wirtschaftliche und politische Lebenskraft Italiens ohne Erfolg Prüfungen unterwarf, denen das Land nicht gewachsen ist, und zum Ueberdruß den im Dreibund geübten Einfluß opferie.

Damit sei noch nicht gesagt, daß Italien morgen einen Sonderfrieden schließen wird. Es ist vielleicht nicht einmal ausgeschlossen, daß die radikalsten Kriegsfreunde die Oberhand gewinnen, weil ihnen das gegenwärtige Ministerium nicht aktionsfreudig genug ist; und daß das rätselhaft unentschiedene Verhältnis Italiens zu Deutschland sich noch verschlechtert. Darum heißt es nur ohne übermäßige Hoffnungen geduldig warten: Qui vivra, vorra — Wer lebt, wird sehen!

## Ein englischer Kreuzer auf eine Mine gestochen.

London, 14. Februar. (W. Z. B.) Der Kreuzer „Trehusa“ stieß an der Ostküste auf eine Mine. Man glaubt, daß er ganz verloren ist. Ungefähr zehn Leute von der Besatzung sind ertrunken.

## Elbassan von den Bulgaren besetzt.

Sofia, 13. Februar. (W. Z. B.) Das Hauptquartier gibt bekannt: Die bulgarischen Truppen haben gestern Elbassan besetzt. Die Bevölkerung bereitete ihnen einen sehr warmen Empfang; die Stadt war besetzt.

Athen, 14. Februar. (W. Z. B.) Die Bulgaren besetzten Fieri, 25 Kilometer von Valona.

## Ein russisches Arbeiterblatt über die Kapitulation Montenegros.

Das in Samara erscheinende einzige russische Arbeiterblatt „Rasch Golos“ schreibt in seiner Nummer vom 17. (30.) Januar, nachdem es die Mut der Vorwürfe in der bürgerlichen Presse gegeißelt, über die Kapitulation Montenegros:

„Diese Kapitulation hat auch nicht wenige andere Wahrheiten aufgedeckt.“

Sie hat gezeigt, daß nach wie vor die Friedensfrage von den herrschenden Kreisen Montenegros wie Oesterreich-Ungarns genau so behandelt wird wie die Kriegsfrage, und daß die Entscheidung über die Fragen des Friedens noch immer... der unverantwortlichen Diplomatie gehört...“

Die Kapitulation Montenegros, die den König Nikolai gezwungen hat, seine Residenz nach Non zu übertragen, ruft mit allem Nachdruck die Frage auf, die schon längst auf die Tagesordnung des politischen Lebens gestellt ist: daß die Fragen über Krieg und Frieden der Diplomatie völlig entzogen werden und daß das Recht ihrer Entscheidung nur dem Volke selbst gehören kann und muß.

Außerhalb dieser Lösung der Frage gibt es keine Garantie vor „Kapitulationen“, „Verrat“ und jene Aufteilung



und Abtrefung lebender Menschen, die heute sich hinter der diplomatischen Bezeichnung „ganz bestimmter Gebietsveränderungen“ verbirgt.“

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Nördlich von Die sur Risle zerstreute unsere Artillerie einige feindliche Gruppen, die gegen unsere Drahtverhänge vorgingen. Nordöstlich von Soissons konnten die Deutschen infolge eines Bombardements unsern Schützengraben in der Umgebung der Straße nach Grouy erreichen. Ein Gegenangriff warf sie alsbald wieder zurück. Der Feind ließ Teile auf dem Gelände, auch machten wir einige Gefangene, darunter einen Offizier. In der Champagne in der Gegend nordöstlich der Butte du Mesnil richteten die Deutschen gestern am Ende des Tages und im Laufe der Nacht fünf Gegenangriffe gegen die von uns vorher genommenen Schützengraben; alle Versuche wurden abgewiesen. In Lothringen Tätigkeit der beiden Artillerien in dem Abschnitt von Reillon und im Walde von Parroy. In der Seidengegend wurden mehrere feindliche Erkundungsabteilungen durch unser Feuer zerstört.

Paris, 14. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Artois war der Tag bemerkenswert durch eine Reihe von deutschen Angriffen von der Höhe 140 bis zur Straße von Neuville nach La Folie. Am Morgen war der erste Versuch westlich von der Höhe 140 vergeblich. Am Nachmittag griff der Feind nach einer heftigen Beschließung unserer Stellungen vier verschiedene Punkte unserer Front an. Drei von diesen Angriffen wurden durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie glatt angehalten. Im Laufe des vierten gelang es dem Feinde, in unseren Graben in der ersten Linie westlich von der Höhe 140 einzudringen. Er wurde durch einen sofortigen Gegenangriff, der ihm merklige Verluste an Toten und Verwundeten beibrachte, daraus wieder vertrieben. Ein deutsches Flugzeug, das von unserer Batterie getroffen wurde, fiel östlich von Givency brennend herab. Südlich von Reims scheiterte ein Handgranatenangriff auf unsere Werke. Östlich von der Oise haben wir die feindlichen Verschanzungen vor Fontancy beschossen. Zwischen Soissons und Reims war die deutsche Artillerie besonders tätig in den Abschnitten von Soissons, Chassemy und Pompelle. Unser Sperrfeuer hielt die Tätigkeit der Infanterie während der Vorbereitung nieder. In der Champagne haben wir während eines Einzelgefechtes zwischen der Straße von Ravarin und der von St. Souplet Gefangene gemacht. Westlich von der Straße Fontaine nach Somme-Py hat der Feind in einigen Teilen unserer vorgeschobenen Gräben Fuß gefaßt. In den Argonnen vernichtendes Feuer auf die feindlichen Verschanzungen nördlich von Jour de Paris. Im Oberelsaß wurde ein feindlicher Angriff östlich von Seppois durch das Feuer unserer Artillerie angehalten.

Belgischer Bericht: Sehr heftige Artillerietätigkeit im Abschnitt von Dignade und an dem Teil der Front, der sich nördlich von dieser Stadt ausdehnt. Zur Vergeltung für die von deutschen Flugzeugen in den letzten Tagen ausgeführte Beschließung von Orten, die von Zivilbevölkerung bewohnt sind, haben unsere Flieger während der letzten Nacht mit Erfolg den Flugplatz von Ohlsteles angegriffen und dort einen Brand hervorgerufen.

## Die englische Meldung.

London, 13. Februar. (W. Z. V.) Englischer Heeresbericht. Im Laufe der vergangenen Nacht haben wir eine Mine östlich von Duxford zur Explosion gebracht und den Trichter ohne Verluste besetzt. Während des Tages beträchtliche gegenseitige Artillerietätigkeit bei Duxford, bei der Hohenzollernredoute, bei Guinchy und Armentières. Der Feind beschloß unsere Schützengraben bei Pooge und nördlich davon. Bei Operm beträchtliche Fliegeraktivität.

## Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 13. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht. Westfront. Im Abschnitt Riga, in der Gegend von Dial und Versenände lebhafter Artilleriekampf. Unsere Artillerie rief beim Feinde in der Nähe von Eier (4 Kilometer südwestlich von Uezfall) eine Explosion hervor. In der Nähe von Jacobstadt versuchten deutsche Abteilungen sich unseren Gräben westlich Uzenhof zu nähern, jedoch unsere Abteilungen warfen sie durch Gegenangriff zurück. Im Abschnitt von Dinaburg war das Gewehrfeuer am lebhaftesten bei Naugt, wo die Deutschen Handgranaten mit giftigen Gasen warfen. Der Versuch der Deutschen, das Dorf Barbanowka zu umzingeln, welches wir soeben weggenommen hatten, wurde durch unser Streifenfeuer abgewiesen.

Schwarzes Meer. Am 11. Februar 1916 zerstörten unsere Torpedoboote durch Artilleriefeuer feste Brücken in der Küstengegend und versenkten acht Segelschiffe.

Kaukasus: In den Kämpfen in der Gegend von Erzerum überwinden unsere Truppen in tiefem Schnee und bei einer Kälte von mehr als 33 Grad ungangbare Engpässe und rücken weiter vor; sie machten einige Duzend Offiziere und über hunderthundert Ustasir zu Gefangenen und erbeuteten auch sieben Kanonen, Maschinengewehre, Munitionswagen und Munitionsvorräte; außerdem nahmen wir dem Feinde mehr als tausend Stück Vieh. In einem Fort des feinen Vorgesetzten Erzerum erstand nach unserer Beschließung eine heftige Explosion. Unsere Truppen waren die Türken aus ihren Stellungen in der Gegend von Chynskala (Chinis) und besetzten nach Kampf die Stadt Gop.

Perrien: In der Gegend von Hamadan besetzten wir die Stadt Dowlatabad. (80 Kilometer südlich Hamadan.)

## Russischer Flugzeugmangel.

Paris, 14. Februar. (W. Z. V.) Der französische Flieger Poires, der an der russischen Front gekämpft hat, erklärte einem Mitarbeiter des „Journal“, das russische Flugwesen verdiene zwar Anerkennung, doch seien nicht genug Flugzeuge vorhanden. Frankreich müsse der russischen Heeresleitung Flugzeuge schicken, um ihr eine unwiderstehliche Offensive an der deutschen Ostfront zu ermöglichen.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. Februar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: Ein feindlicher Torpedobootezerstörer, der sich dem Eingang zu den Dardanellen zu nähern versuchte, wurde durch das Feuer unserer Batterien vertrieben. In den anderen Fronten keine wesentliche Veränderung.

## Amerika und die bewaffneten Handelsschiffe.

New York, 13. Februar. (W. Z. V.) (Zusammenfassung vom Vertreter des W. Z. V.) In Erwägung der wahrscheinlichen Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der deutschen Erklärung betreffend bewaffnete Handelsschiffe greift die englandfreundliche Presse die deutsche Ankündigung heftig an und versucht, das amerikanische Volk auf jede Weise gegen Deutschland aufzufahren. „New York Herald“ erklärt leidenschaftlich, Amerika könne das neue teutonische Seekriegsprogramm nicht annehmen. „New York Tribune“ nennt die deutsche Ankündigung einen Vorwand für weitere Schreckensreden. Einige

Blätter bemerken im Hinblick auf die Versicherung der englischen Presse, daß nicht Wilson, sondern die englische Flotte die Einstellung der Unterseebootsangriffe bewirkt hätte, mit Ironie, warum man sich dann über die deutschen Unterseebootsangriffe nach dem 1. März Sorgen machen sollte. Eine Washingtoner Depesche der „New York Times“ sagt: Amtliche Kreise des Staatsdepartements wollen keine Bemerkungen über die deutsche Ankündigung machen, sondern lieber warten, bis sie deren amtlichen Text vor Augen haben, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Weigerung der Alliierten, die Anregung der Vereinigten Staaten wegen der Entwaffnung der Handelsschiffe anzunehmen, und die deutsche Ankündigung folgende Politik der amerikanischen Regierung nach sich ziehen würden:

1. Erlass einer Bekanntmachung, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, bewaffnete Handelsschiffe als Schiffe zu behandeln, die ihre Eigenschaft als Nichtkombattanten verwirkt haben und sie als Hilfskreuzer ansehen und auf dieser Grundlage behandeln werden auf Grund der Veränderung in den Verhältnissen des Seekrieges, welche aus dem Auftreten der Unterseeboote und ihrer Verteidigungsunfähigkeit herrühre.

2. Erlass einer Warnung an die Amerikaner, sie würden, wenn sie auf bewaffneten Handelsschiffen reisten, auf eigene Gefahr handeln.

3. Ankündigung der Absicht der Vereinigten Staaten, bewaffnete Handelsschiffe als Hilfskreuzer zu behandeln, wenn sie amerikanische Häfen anliesen, d. h., ihnen den Aufenthalt nur solange zu gestatten, daß sie Ausbesserungen vornehmen und genügend Feuerung und Lebensmittel einnehmen könnten, um den nächsten Hafen ihres Heimatlandes zu erreichen, ferner ihnen 24 Stunden Frist zur Abreise zu geben und jedem solchen Schiff den nächsten Besuch eines amerikanischen Hafens erst nach drei Monaten zu gestatten.

Eine Depesche des „Evening Sun“ aus Washington sagt: Alle Anzeichen sprechen heute dafür, daß Lansing wenigstens einräumen wird, daß die Begründung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns für ihre Behauptung, die Bewaffnung der Handelsschiffe mache ihre Anhaltung und Durchsuchung durch Unterseeboote unmöglich, zutreffend ist. Diese Anzeichen haben einen hohen Grad von Gewißheit erreicht. Seit Lansing seine ersten Vorurteile hinsichtlich alliierter Handelsschiffe, welche mit Kanonen an Bord amerikanische Häfen anliesen, erließ, und stets forderte, daß sie ihre Kanonen entfernen oder erklären, daß sie nur zu Verteidigungszwecken benutzt werden würden. Bei jeder Gelegenheit hat er öffentlich erklärt, daß jeder Fall einzeln behandelt werden solle. Als ein Anzeichen für die Haltung der Regierung gilt es, daß ein hoher Beamter freimütig zugegeben hat, er habe die Möglichkeit eines Vorkommnisses amerikanischer Güter, welche nach anderen, als Häfen der Alliierten bestimmt wären, durch die Schiffbrüchigen der alliierter Länder in Betracht gezogen. Man fährt fort, daß die Zustimmung zu den Beweisgründen in der deutschen und österreichisch-ungarischen Note unmittelbar eine Warnung des Staatsdepartements an die amerikanischen Bürger zur Folge haben werde, sie möchten sich von bewaffneten Schiffen der Alliierten fernhalten. Unter den Diplomaten, welche die Alliierten vertreten, wächst das Gefühl, daß, wenn die Vereinigten Staaten sich entschließen, in die Veränderung der Regeln betreffend bewaffnete Handelsschiffe noch während des Krieges einzuwilligen, es von da nur ein kurzer Schritt sein werde, bis zu einem Ausfuhrverbot auf Waffen und alle Kriegsmunition.

London, 13. Februar. (W. Z. V.) Reuter meldet aus New York: Die Washingtoner Korrespondenten der hiesigen Blätter sprechen die Ansicht aus, daß Wilson infolge des neuen deutschen Memorandums über den U-Boot-Krieg, das auf Lansing's Rote an die Mächte, in welcher die Entwaffnung der Handelsschiffe vorgeschlagen wird, folgte, wahrscheinlich in eine endlose Kontroverse verwickelt werden wird. Dem Korrespondenten des „New York Herald“ zufolge soll man im Staatsdepartement sein Erstaunen darüber ausgedrückt haben, daß die amerikanische Presse glaubt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe die neuen deutschen Vor schläge angenommen und werde gegen die Angriffe auf Handelsschiffe nicht protestieren. Der Korrespondent der „Tribune“ glaubt, daß Wilson trachten wird, sich der schwierigen Lage dadurch zu entziehen, daß er die Verantwortung für die Zurückziehung des Schutzes amerikanischer Passagiere auf bewaffneten Dampfern auf den Kongreß abwälzen wird.

## Ueber die Beilegung des „Lusitania“-Falles.

New York, 12. Februar. (W. Z. V.) Nach den Mitteilungen, die bisher über die Beilegung des „Lusitania“-Streitfalles bekannt geworden sind, wird diese Beilegung von vielen Zeitungen nicht als Sieg Wilsons betrachtet. Telegramme aus Washington besagen, daß die Parteigänger der Regierung der Meinung sind, die Regelung der Streitfrage könnte in einigen Kreisen in unangenehmem Sinne angelegt werden, und es sei wahrscheinlich, daß eine politische Streitfrage aus ihr gemacht werde; sie hoffen aber, daß das Land dem Präsidenten auf dem von ihm eingeschlagenen Wege folgen werde. „Sun“ sagt in einem Leitartikel, die Regierung habe nach neunmonatiger Verhandlung eingewilligt, die ersten Fragen, die aus der Ermordung von Amerikanern hervorgegangen seien, in einer Weise zu regeln, die der Erläuterung bedürfe und offenbar zum Widerspruch herausfordere. Die für die innere Politik aus der bevorstehenden Verständigung sich ergebenden Folgen gäben in Washington Anlaß zu offener Besorgnis. Die „New Yorker Staatszeitung“ meldet aus Washington, daß der „Lusitania“-Fall in ein Stadium getreten sei, in dem die geringste unvorsichtige amtliche Äußerung auf beiden Seiten des Ozeans alles verderben könne. Nichts, so wird gesagt, liegt der amerikanischen Regierung ferner, als die Absicht, Deutschland durch ihre Forderungen zu demütigen. Verschiedene hohe Beamte hätten dies betont, und auch im Kongreß sei man einmütig der Ansicht gewesen, daß die Vereinigten Staaten von Deutschland nichts fordern wollten, was mit seiner Ehre unvereinbar wäre. Die Zeitung weist in gleicher Weise die augenscheinlich in Deutschland obwaltende Ansicht, daß Washington die Unterseebootschiffe den Händen Deutschlands zu entwinden wünsche, als unrichtig zurück.

London, 13. Februar. (W. Z. V.) „Central News“ melden: Man glaubt in gut unterrichteten Kreisen in Washington bestimmt, daß Lansing der Anschauung huldigt, daß die Vereinigten Staaten jetzt, nachdem sie die Bewilligung aller ihrer Forderungen an Deutschland nicht durchzusetzen vermochten, neue Vorschläge der deutschen Regierung, ohne unbillig zu sein, zurückweisen können. Der Zustand sei sehr verwickelt.

## Schammüel in Deutsch-Ostafrika.

Le Havre, 14. Februar. (W. Z. V.) Bericht des belgischen Kolonialministers. Der Befehlshaber der belgischen Streitkräfte auf dem Tanganjika-See meldet unterm 9. Februar, daß der kleine Dampfer „Pedwig von Wissmann“ in einem Seekampf auf der Höhe von Mtoa Albertville versenkt worden ist. Zwei Deutsche wurden getötet, die übrige Besatzung, bestehend aus zwei Offizieren, zehn deutschen Seesoldaten und neun eingeborenen Matrosen, wurde zu Gefangenen gemacht. Die belgische und die englische Flottille erlitten keinen Verlust.

## Ankunft Kameruner Flüchtlinge auf Fernando-Po.

Madrid, 14. Februar. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Der Gouverneur von Fernando-Po meldet,

daß 140 deutsche Flüchtlinge in Santa Isabel angekommen sind, die entweder nach Spanien eingeschifft oder interniert werden.

Rotterdam, 14. Februar. (W. Z. V.) Der „Maasbode“ erfährt aus Madrid: Die Zahl der in Spanisch-Guinea internierten Soldaten ist größer, als man ursprünglich erwartete. Sie beträgt 2000 Personen, oder mit Familien 4000 Personen. Die Deutschen werden nach den Kanarischen Inseln und nach den Balearen gebracht werden. Die Ueberführung wird wahrscheinlich zwei Monate dauern.

## Brouckère über die Internationale

In ihrer Nummer vom 5. Februar d. Js. bringt die „Humanité“ den Wortlaut der Rede, die Camille Huysmans auf dem Parteilage der holländischen Sozialdemokratie über die Lage der Internationale gehalten hat. Die „Humanité“ aber läßt nun in der Nummer vom 6. Februar Huysmans optimistischen Ausführungen einen Dämpfer aufzusetzen. Das geschieht in einem Briefe, den der jetzt in London weilende leitende Redakteur des früheren belgischen Parteiorgans, des „Peuple“, de Brouckère, an den leitenden Redakteur der „Humanité“ richtete. Der Brief hat der Hauptsache nach folgenden (vom Pressebureau wiedergegebenen) Inhalt:

Mein lieber Renaudel!

Da der Krieg die Herausgabe des „Peuple“ in Brüssel unterbrochen hat und wir von unseren Blättern verjagt sind wie von unseren Herdstätten, wollen Sie mir bitte ein wenig Platz in der „Humanité“ einräumen. Ich habe nichts besonders Neues Ihren Lesern vorzubringen; aber es gibt einfach Dinge, evidente notwendige Wahrheiten, an die man ohne Unterbrechung immer wieder erinnern muß, sei es auch nur, um bei gewissen Leute die Hoffnung zu zerstreuen, daß wir darauf verzichtet haben. Unsere französischen Freunde haben sich schon häufig dieser Nähe unterzogen. Ohne Zweifel ist es aber auch angebracht, daß ein Belgier sie seinerseits hier wiederholt. Ein Belgier, der zwar nur für sich selbst sprechen kann, der aber, ehe er sie niederstrich, seine Enkelkammeraden zu Rate gezogen hat, soweit er sie treffen konnte, und der sich mit ihnen über die wesentlichen Gesichtspunkte in Uebereinstimmung befindet. Wie Sie selbst, wie der letzte Pariser Kongreß, bin ich mir der Pflicht bewußt, die wir in dieser tragischen Stunde gegenüber unseren angegriffenen Vaterländern und den Proletariats aller Länder haben. Ihr Ausdruck zu geben, das bedeutet für mich, mein Teil Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen, und Sie werden begreifen, welchen Wert ich darauf lege, dies zu tun. Ich erwarte schon lange die Gelegenheit dazu, die mir jetzt mein Freund Camille Huysmans gibt. Seine Rede in Arnheim, die Sie den Lesern der „Humanité“ zugänglich gemacht haben, hat eine enthusiastische Aufnahme in verschiedenen neutralen Ländern gefunden. Aber die ungeheure Majorität der westlichen Sozialisten wird es ohne Zweifel ablehnen, sich ohne Vorbehalt seinen Schlussfolgerungen anzuschließen. In dem ich seinen Standpunkt diskutiere, will ich den meinigen klarlegen:

Von dem Verfahren, welches unser Freund empfiehlt, um mitten im Kriege die internationalen Beziehungen wiederherzustellen, soweit die Proletarier, die doch die Internationale sind, zu gleicher Zeit sich an der Front bekämpfen und sich auf den Kongressen verständigen könnten, darüber werde ich gleich reden. Was mich zunächst viel mehr beunruhigt, das ist das Programm, welches er als Vorbedingung einer Versöhnung entwirft. Man könnte wahrhaftig der Meinung sein, wenn man ihn hört, daß von dem Tage ab nichts mehr einem brüderlichen Zusammenarbeiten von Scheidemann, Stedum und uns im Wege stünde, wo man dank der guten Dienste einiger wohlwollender Vermittler von beiden Seiten der Kampfgräben dieselben vagen Resolutionen gefaßt, dieselben abstrakten Prinzipien bekräftigt haben würde. Ach, wenn das die Schwierigkeit wäre, hätte Huysmans Grund zu seinem Optimismus. Diese Uebereinstimmung über Formeln ist ja bereits mehr als zur Hälfte realisiert. Die Internationale hat schon das Recht der Nationalitäten proklamiert und alle ihre Sektionen erklären, es immer anerkannt zu haben. Keine einzige Stimme erhebt sich, wenigstens keine Stimme, die Gewicht hat, gegen das Schiedsgericht, die Abrüstung, die Errichtung internationaler Garantien. Noch eine keine Anstrengung in der Richtung der Versöhnung, und es bliebe nur mehr die vollkommene Einmütigkeit zu konstatieren, den Krieg für einen unglücklichen Zufall zu erklären, ihn auf allgemeine Verabredung als nicht eingetreten zu betrachten und von dieser Zweideutigkeit unsere Existenz zu befreien bis zu dem Tage, wo ein neuer Konflikt unseren Genossen eine neue Gelegenheit bietet, unsere Häuser zu verbrennen und unsere Frauen zu massakrieren. Wir wollen doch lieber der Wirklichkeit ins Auge sehen:

Der Krieg hat stattgefunden, vielmehr: er findet statt. Keine noch so gute Absicht wird dieses brutale Faktum aus der Welt schaffen. Der Krieg ist das bedeutsamste, das revolutionärste Ereignis, das seit 1789 stattgefunden hat. Er schneidet die neue Zeit in zwei Teile. Nichts von dem, was vor dem Kriege existierte, wird sich nach dem Kriege in derselben Verfassung befinden. Auch die Internationale wird diesem Gescheh nicht entgehen. Der Konflikt, der heute zwischen den Elementen besteht, die sie gestern bildeten, geht zu denen, die sich nicht durch eine Einigkeit-Resolution lösen lassen, wie sie vielleicht bei geringeren Meinungsverschiedenheiten zwischen Leuten, die derselbe Geist befehl, am Werke sind. Wir stehen heute nicht einem Problem der Worte oder des Geschwäges gegenüber, sondern einem Problem der Aktion. Was bedeutet es, daß Scheidemann auf einem Kongreß für die Unabhängigkeit Belgiens stimmt, wenn er im Reichstage für die zur Eroberung Belgiens nötigen Kredite stimmt? Was bedeutet es, daß er seine Achtung vor den Nationalitäten versichert, wenn er hilft, Polen, Kroaten, Böhmen unter der Tyrannei der Habsburger und selbst Tschechen-Lothringen unter der der Hohenzollern zu halten? Was bedeutet es, daß er auf das Schiedsgericht schwört, wenn seine Freunde auf den Schlachtfeldern den Kaiser unterstützen. Die Internationale kann nicht eine Akademie spekulativer Philosophen sein, sie kann nur als Kampforganisation existieren. Ihre Rolle ist es nicht, über die Ereignisse zu diskutieren, sondern handelnden Einfluß auf sie zu gewinnen.

Die Internationale hat in der Vergangenheit viel getan, um den gegenwärtigen Konflikt wenigstens zu verhindern, und die Historiker der Zukunft werden anerkennen, daß das Proletariat in der Morgenröte seiner Macht der Welt für ein Vierteljahrhundert den Frieden verschafft hat. Aber auf welche Weise hat sie während so langer Zeit die gewaltigen Mächte in Schach gehalten? Vielleicht durch ihre Manifestation, ihre Reden, ihre Revolutionen? Ohne Zweifel, all das hat einen günstigen Einfluß auf die Propaganda gehabt. Aber wie die stärkste, die aktivste Gewerkschaft nichts durchsetzen kann, wenn sie in der Reserve nicht ihr letztes Hilfsmittel, den Streik, hätte, der die Grundlage ihrer Kraft bildet, so wäre die Internationale ohnmächtig gewesen, wenn ihre Aktivität während des Friedens nicht unterdrückt, befristet und zur tatsächlichen politischen Macht erhoben worden wäre, dank der furchterregenden Aktion, durch die sie während und nach dem eventuellen Kriege den Angreifer zu züchtigen sich vorgenommen hätte. Jetzt, wo der Angriff erfolgt ist, muß sie, will sie nicht ihre Existenzberechtigung selber verlieren, ausführen, was sie angeht hat.

Wenn die Internationale die Macht hat, diejenigen, die die gegenwärtige Katastrophe entseffelt haben, tödlich zu treffen, wird sie neu und unvergleichlich aufleben; wenn sie sich wenigstens nach Wahgabe ihrer Kräfte um dieses Ziel bemüht, wird sie ihre Ehre retten und ihre demnächstige Wiedererrichtung vorbereiten. Wenn aber in einem der wichtigsten Kriegführenden Länder das Proletariat dieser Aufgabe gegenüber verjagt wird, die Internationale für lange Zeit nur ein Körper ohne Seele sein, und alle Diplomatie der ganzen Welt wird ihr keinen Lebensatem einblasen können. Von Anfang an haben die Arbeiter der Weststaaten



Ihre Pflicht getan. Sie haben dem Eroberungs- und Unterdrückungskriege den ganzen enthuftistischen Widerstand entgegen-  
gesetzt, den ihnen fast 75 Jahre sozialistischen Denkens eingebläht  
haben. Haben aber die Proletarier der Mittelmächte dasselbe  
getan? ...

Merken Sie wohl, mein lieber Renaudel, daß ich nur Fragen  
stelle. Ich unternehme es hier keineswegs zu antworten. Ich  
kenne die Fehler gewisser Abgeordneter; aber ich weiß nichts über  
die wirkliche Haltung der Besten unter den Arbeitern. Ich frage  
mich mit Besorgnis, ob es jenseits des Rheins eine Partei gibt,  
die wie wir ihre gegenwärtige Pflicht versteht, ob eine solche  
Partei sich bilden wird? Oft ertappe ich mich auf Hoffnungen.  
Ich notiere mit Freuden die schwächsten Symptome. ... Illu-  
sionen? Zukunftsmissen? Es wäre müßig, sich über diese Fragen  
Spekulationen hinzugeben, wenn das Schicksal der nächsten Stunden  
seine Entscheidung treffen wird. Woran ich erinnern wollte, das  
ist, daß die Wiederaufrichtung der Internationalen nicht das Werk  
von Komitees oder von Schwabhuben sein wird, daß sie nicht aus  
der Uebereinstimmung über Formeln, die sich auf den Frieden be-  
ziehen, resultieren wird, sondern einzig aus der Uebereinstim-  
mung über Handlungen, die sich gegen den Krieg richten. Alles  
übrige wäre nur Illusion, gegenseitige Täuschung und würde zu  
den schlimmsten der Vankrotte, dem moralischen Vankrotz führen.  
Louis de Brouderé.

## Die schweizerische Sozialdemokratie und die Reform der Militärjustiz.

Man schreibt uns aus Zürich:  
In Ausführung des bezüglichen Beschlusses des Kroner Par-  
teitages der schweizerischen Sozialdemokratie hat die Geschäfts-  
leitung das Initiativbegehren für die Unterschriftenammlung for-  
muliert. Es hat folgenden Wortlaut:  
Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürger stellen  
hiermit gemäß Artikel 121 der Bundesverfassung und dem Bundes-  
gesetz vom 27. Januar 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren  
und Abstimmungen betreffend Revision der Bundesverfassung fol-  
gendes Begehren: In der Bundesverfassung wird folgender Ar-  
tikel 68<sup>a</sup> aufgenommen:  
„Die Militärjustiz ist aufgehoben. Vergehen gegen das Mil-  
itärstrafgesetz werden von den bürgerlichen Gerichtshöfen desjeni-  
gen Kantons, in welchem sie begangen werden, untersucht und be-  
urteilt.“  
Das Verfahren richtet sich nach den kantonalen Prozedur-  
ordnungen.  
Gegen die Endurteile der kantonalen Gerichte ist die Kassati-  
onsbeschwerde beim Bundesgericht zulässig.  
Der Arrest als militärische Disziplin- oder Ordnungsstrafe darf  
zehn Tage nicht überschreiten. Die Strafen dürfen nicht durch  
Schmälerung der Kost oder durch Verhängung von Dunkelzelle  
verschärft werden.  
Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandenen Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Verfahren richtet sich nach den kantonalen Prozedur-  
ordnungen.  
Gegen die Endurteile der kantonalen Gerichte ist die Kassati-  
onsbeschwerde beim Bundesgericht zulässig.  
Der Arrest als militärische Disziplin- oder Ordnungsstrafe darf  
zehn Tage nicht überschreiten. Die Strafen dürfen nicht durch  
Schmälerung der Kost oder durch Verhängung von Dunkelzelle  
verschärft werden.  
Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

Das Beschwerderecht gegen Disziplinarstrafen ist gewährleistet;  
es dürfen wegen Ausübung dieses Rechts keinerlei Strafen ver-  
hängt werden.“  
Dieses Begehren soll als neuer Artikel in die schweizerische  
Bundesverfassung aufgenommen werden. Die erforderlichen  
50 000 Unterschriften werden bei der bis weit in die bürgerlichen  
Kreise vorhandene Erbitterung über die ungeheureste Recht-  
sprechung der Militärjustiz und die vorgekommenen Militärskandale  
leicht und bald zu gewinnen sein, vielleicht werden aber auch  
150 000 aufgebracht.

## Politische Uebersicht.

### Neuregelung der Schweineversorgung.

Der Bundesrat hat eine neue Verordnung beschlossen, durch die seine Verordnung vom 4. November 1915 über die  
Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch abgeändert und die Ver-  
sorgung mit frischem Schweinefleisch auf eine neue Grundlage  
gestellt wird. Dem hervortretenden Bedürfnisse gemäß sind  
nach Wirtschaftsgebieten gestaffelte Preise für Schweine  
der verschiedenen Gewichtsklassen als Stiall oder Biegestelle  
festgesetzt worden. Die Preise für den Verkauf durch den Vieh-  
händler auf dem Markte sowie durch den Handel werden von den  
Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden  
geregelt. Die Gemeinden sind verpflichtet, Höchst-  
preise bei der Abgabe an den Verbraucher für die ein-  
zelnen Stücke frischen Schweinefleisches, für zubereitetes, ins-  
besondere gepöfeltes oder geräucheretes Schweinefleisch, für  
frisches und ausgelassenes Schweinefett, für gefalzene und  
geräucherten Speck sowie für Wurstwaren festzusetzen. Sie  
haben weiterhin zu bestimmen, wieviel mindestens vom Schlacht-  
gewicht des Schweines oder welche Teile bei gewerblichen  
Schlachtungen frisch verkauft werden müssen. — Die übrigen  
Bestimmungen der Verordnung schließen sich mit unwesent-  
lichen, durch die Grundgedanken der Vorlage und die bis-  
herigen Erfahrungen bedingten Veränderungen der früheren  
Verordnung an.

### Aufgaben der nationalliberalen Partei.

Der Jahresbericht des Vorstandes der nationalliberalen  
Partei in Duisburg enthält nach der „Post“ folgende Sätze:  
„Die nationalliberale Partei ist ganz besonders berufen zur  
Wacht darüber, daß die nationalen Ziele restlos verwirklicht werden.  
Sie war die Partei der Reichsgründung und Reichserhaltung.  
Werden muß sie; die Partei der Reichsausdehnung.  
Den Staatsgedanken hat sie von je gefördert und befestigt. Da-  
neben aber muß sie die Wächterin bleiben der Freiheit des Volkes  
und seiner Rechte.“

### Vereinigung der Schwarzburgischen Fürstentümer.

Rudolstadt, 14. Februar. (W. L. B.) Auf Einladung der  
beiden Präsidenten von Schwarzburg-Rudolstadt und  
Schwarzburg-Sondershausen fand gestern in Erfurt  
eine vertrauliche Besprechung von Abgeordneten aller Parteirich-  
tungen über die Anbahnung eines Zusammenschlusses  
in den schwarzburgischen Fürstentümern statt. Es wurde von  
allen Anwesenden der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß die  
gegenwärtige große Zeit mit ihren großen Aufgaben auch die Ver-  
einigung der schwarzburgischen Lande zu einem Staat fordere.  
Wie die „Schwarzburg-Rudolstädterische Landeszeitung“ erfährt, wird  
eine dahingehende Vorlage schon dem heute in Rudolstadt zu-  
sammentretenden Landtage zugehen.

### Bundesstaatliche Finanzsorgen.

Der Staatshaushaltsetat des Herzogtums Braunschweig für die  
Finanzperiode 1. April 1916/18 veranschlagt die Gesamteinnahmen  
auf 25 404 700 M., die Gesamtausgaben auf 30 654 800 M. Der  
Etat schließt mithin mit einem Fehlbetrag von 5 249 600 M.  
ab. — In den Bemerkungen heißt es: Zur Deckung eines Teiles  
dieses Fehlbetrages werden die Ueberschüsse des Staatshaushaltes  
aus früheren Perioden herangezogen werden müssen. Die ver-  
hältnismäßig geringe Höhe dieser Ueberschüsse zwingt uns, der  
Landesversammlung zur Erhöhung der Staatseinnahmen Vorschläge  
zu unterbreiten, wegen deren wir auf unsere besondere Vorlage  
Bezug nehmen. Wir können nicht dringend genug darauf  
hinweisen, daß die größten durch diesen Krieg  
hervorgegerufenen Schwierigkeiten uns noch be-  
vorstehen und es daher jetzt schon geboten ist, die bestehenden  
Mängel zu schonen oder wenigstens, soweit es irgend vermeidbar  
ist, nicht den Weg der Anleihe zu beschreiten. Wegen letzteren Weg  
spricht, abgesehen von der hohen Verzinsung und Kursverlust auch  
das Reichsinteresse (Kriegsanleihe). Wegen der Deckung des Feh-  
betrages behalten wir uns weitere Vereinbarungen mit der geehrten  
Landesversammlung vor.

### Steuern auf Juwelen.

In verschiedenen Blättern ist berichtet worden, daß die Absicht  
bestünde, eine Steuer auf Juwelen zu legen. Diese Mitteilung beruht  
auf einer Verwechslung. Nicht eine solche Steuer soll geschaffen  
werden, wohl aber werden bei der kommenden Kriegsgewinnsteuer  
die während des Krieges erworbenen Juwelen, Goldwaren und  
sonstige Kostbarkeiten nach ihrem Werte bei der Steuerveranlagung  
mit angefaßt. Ein Teil der Kriegsgewinne dürfte sicher in solchen  
Werten angelegt worden sein.

### Der Zinsfuß für die neue Kriegsanleihe.

Die dem Reichshauptamt naheliegenden „Berliner politischen  
Nachrichten“ schreiben zu der kommenden Anleihe:  
„Es ist sehr wohl denkbar und auch von verschiedenen den Bank-  
und Börsenkreisen naheliegenden Organen wiederholt zur Erwägung  
gestellt worden, daß auch ein Zinsfuß von 4 1/2 Proz., der natür-  
lich bei entsprechend niedrigerem Ausgabekurs eine gleich hohe Ver-  
zinsung wie der fünfprozentige Typus gewährleisten würde, auf Kapita-  
listen- und Sparschreie eine starke Anziehungskraft ausüben ver-  
möchte.“

### Zur militärischen Jugendausbildung.

Die Budgetkommission des badischen Landtags beschloß ein-  
stimmig, einen nationalliberalen Antrag durch die Erklärungen der  
Regierung für erledigt zu halten. Der Antrag verlangt: es soll  
die Jugendwehrobrgongonisation zur dauernden Einrichtung aus-  
gebaut, der Eintritt in dieselbe pflichtgemäß gestaltet und eine  
Dotations in den Staatsvorschlag aufgenommen werden.  
Bei den Verhandlungen der Kommission wurde ein Maßgang  
in der Beteiligung an der „Badischen Jugendwehr“ festgestellt,  
woran der Mangel eines gesetzlichen Zwanges die Schuld trage.  
Die badische Unterrichtsverwaltung warte das Vorgehen der  
Reichsregierung ab, welche den Eintritt voraussichtlich erst vom  
17. Lebensjahre an obligatorisch machen werde. Indessen würde an  
den höheren badischen Schulen der Turnunterricht in Ver-  
bindung mit den Spielnachmittagen genügen; nur für die Jugend  
der Fortbildungsschulen müßten neue Vorkehrungen ge-  
troffen werden, wobei die Erweiterung und Verlängerung der Schul-  
pflicht sich als notwendig erweisen könnte.  
Es wurden Bedenken dagegen erhoben, daß die Jugend der  
ländlichen Gemeinden gleichmäßig in Betracht kommen soll;  
auch der Kostenpunkt wirke hemmend, wenn Turn- und Spielspiele  
geschaffen werden sollen. Einigkeit herrschte darüber, daß eine  
Lösung erst nach dem Kriege verflucht werden soll. Betont wurde  
hauptsächlich die Bedeutung des sozialen Momentes: „Jugend-  
liche aus den verschiedenen Ständen haben in einer festgelegten  
Organisation Freud und Leid miteinander zu tragen und sich gegen-  
seitig zu verstehen; dadurch werde ein Ausgleich der sozialen Gegen-“

stände herbeigeführt mit wohlthuernder Nachwirkung.“ Man sei aber  
dagegen, daß „geistloser Rekrutendruck und Schablonenhaftigkeit, lächerlich  
wirkende Nachahmung der militärischen Ausbildung“ die Grund-  
lage sei.

### Verschärfung der Ueberwachung des Postverkehrs in Schleswig-Holstein.

Die „Kieler Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des  
Gouverneurs Admirals Baumann, die für den aus dem Veste-  
bereich herausgehenden Inlandspostverkehr im wesentlichen bestimmt:  
Briefe (auch eingeschriebene und Verbriefte) sowie Postkarten sind nur in  
deutscher Sprache zugelassen. Verboten ist jede fremde Sprache und ge-  
heime Schreiberart (Kurzschrift, Blindenschrift, verobredete Sprache usw.).  
Allgemein verboten sind Mitteilungen über Rüstungen, Truppen-  
und Schiffsbewegungen und andere militärische Maßnahmen. Den  
konsularischen Vertretungen neutraler Staaten sowie ihren Schutz-  
angehörigen ist gestattet, an ihre Botschaften usw. oder ihre kon-  
sularischen Vertretungen in ihrer Landessprache zu schreiben; diese  
Sendungen müssen jedoch offen aufgeliefert werden.

### Kartoffelmarken in Leipzig.

Unverwartet schnell, und zwar mit Wirkung bereits vom  
vergangenen Sonntag an ist in Leipzig die zeitweilige Einführung  
von Kartoffelmarken beschlossen worden. In den nächsten  
vierzehn Tagen, vom 18. bis 28. Februar, dürfen laut Täglicher Rund-  
schau“ in der Stadt Leipzig Speisekartoffeln an Verbraucher nur  
gegen Vorlegung der Protokollmarken verkauft werden. Auf  
die Marken dürfen in der Woche nicht mehr als 7 Pfd. Speise-  
kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Solche Bewohner  
der Stadt, die in ihrem Haushalt mehr als 7 Pfd. Speise-  
kartoffeln für den Kopf und für die Woche der Haushaltung-  
mitglieder vorrätig haben, dürfen in der Stadt Leipzig keine Kar-  
toffeln im Handel entnehmen, solange die Kartoffelmarken vor-  
geschrieben sind. Für Zumberechnungen ist Gefängnisstrafe bis  
zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. angedroht. Der  
Rat der Stadt Leipzig hat ferner beschlossen, bei der sächsischen  
Staatsregierung zu beantragen, daß bei dem Reichskanzler die Ver-  
sugnis zur Verschlagnahme und Entleerung der Kartoffeln nach Ver-  
brauch für die Reichskartoffelstelle schleunigst erwirkt wird.

Neue Höchstpreise für Stroh. Der Reichskanzler gibt bekannt,  
daß für Stroh, das in der Zeit vom 14. Februar 1916 bis  
30. April 1916 einschließend geliefert wird, der Preis für 1000 Kilo-  
gramm nicht übersteigen darf:  
bei Fliegendstroh . . . . . 60,00 M.  
gepreßtem Stroh . . . . . 57,50 „  
ungepreßtem Maschinenstroh . . . . . 55,00 „  
Hacksel . . . . . 75,00 „

## Kriegsbekanntmachungen.

### Keine vorläufigen Beschlüsse.

Und wird geschrieben:  
Den militärischen Dienststellen gehen noch immer zahlreiche Be-  
schwerden von Angehörigen im Felde stehender Soldaten darüber  
zu, daß die von ihnen abgeforderten Päckchen und Pakete angeblich  
nicht in die Hände der Empfänger gelangen. Manche Beschwerden  
dieser Art sind in recht formlosem Ton gehalten und gehen, da  
solche Beschwerdeführer meist nicht den Mut haben, ihre Namen zu  
nennen, gewöhnlich „anonym“ ein. Den mit Namensunterschrift  
versehene Beschwerden wird stets in sorgfältiger Weise nach-  
gegangen, doch ergibt sich fast immer, daß die Sendungen unter-  
dessen ordnungsmäßig eingetroffen sind. Bei den ohnehin stark be-  
lasteten Behörden entsteht durch solche vorläufige Beschwerden  
nur unnötige Schreibarbeit. Bevor jemand zu dem Mittel der  
Beschwerde greift, möge er bedenken, daß die Beförderung  
jeder Sendung, namentlich bei den wenigen Eisenbahnen im Osten,  
eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß und ebenso die Rück-  
beförderung des den Empfang bestätigenden Briefes. Tatsächlich  
gehen beschwindend wenig Sendungen verloren.  
Bei dieser Gelegenheit sei auch noch auf folgendes hingewiesen:  
Da nicht zu vermeiden ist, daß einzelne Sendungen unter Umständen  
mehrere Wochen bis zum Eintreffen gebrauchen, ist die Verschickung  
leicht verderblicher Sachen unzumutbar. Unsere Soldaten im Felde  
erhalten manche Lebensmittel — z. B. Fettwaren — reichlicher als  
die meisten Heimeingeborenen. Solche Waren müssen in vollem  
Umfang der menschlichen Ernährung in der Heimat erhalten bleiben  
und dürfen keinesfalls durch Verderben verloren gehen. Daß wir  
mit Nahrungsmitteln durchhalten können und werden, sehen allmäh-  
lich unsere Feinde ein. Dazu gehört aber auch, daß alle daheim und  
draußen verständlich haushalten.

### Die Urlaubsgeldbeschlüsse der Marinemannschaften.

Berlin, 14. Februar. (W. L. B.) Die Bestimmung, nach welcher  
die während des Krieges unter Bewahrung freier Fahrt beurlaub-  
ten Mannschaften mobiler und immobiler Formationen des  
Heeres für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgeld erhalten  
sollten, ist durch Allerhöchste Order vom 30. Jan-  
uar 1916 auch auf die Mannschaften der Marine ausgedehnt  
worden. Der Anspruch auf das Verpflegungsgeld für die Mann-  
schaften der Marine beginnt ebenso wie für die des Heeres mit  
dem 21. Dezember 1915.

### Keine feuergefährlichen Gegenstände in Feldpostsendungen!

Die durch Selbstentzündung des Inhalts von Feldpostsendungen  
herausgerufenen Brandfälle haben trotz der fortgesetzten dringenden  
Warnungen vor der verbotswidrigen Beförderung feuergefährlicher  
Gegenstände mit der Feldpost nicht nachgelassen.  
Durch das Zuwiderhandeln einzelner Personen sind zahllose  
Angehörige in der Heimat und im Felde ohne ihre Schuld hart ge-  
schädigt worden.  
Um diesem, gegen das allgemeine Interesse gerichteten Miß-  
brauch zu steuern, hat die Seeresverwaltung angeordnet, daß von  
Zeit zu Zeit die Feldpostpäckchen und Privatpakete unter  
dienlicher Aufsicht in Gegenwart der Empfänger geöffnet und auf das Vorhandensein  
feuergefährlicher Gegenstände geprüft werden.  
Etwas ermäßigte Fälle werden unter genauer Bezeichnung der  
Sendungen nach Absender, Empfänger, Aufgabort und Aufgab-  
zeit den Berichten zur Strafverfolgung gemäß § 387 Stff. da  
des Reichsstrafgesetzbuchs übergeben werden.  
Die Seeresverwaltung hat in ihren Materialiendepots Streich-  
hölzer in größeren Mengen seit dem November 1914 niedergelegt,  
aus denen die Truppen ihren dienstlichen Bedarf decken können.  
Für den persönlichen Gebrauch werden Streichhölzer als Pack-  
sendungen gegen Bezahlung auf Anforderung von den Proviant-  
depots nachgeschoben.

## Letzte Nachrichten.

### Bewaffnete französische Handelschiffe.

Bern, 14. Februar. (W. L. B.) Das Blatt „Matina Res-  
ciantile Italiana“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Marseille,  
in der berichtet wird, daß die französischen Handelsdampfer be-  
waffnet sind, um auf deutsche Unterseeboote Jagd zu machen.

### Schnapsbrennereien als Munitionsfabriken.

London, 14. Februar. (W. L. B.) „Chronicle“ meldet, daß  
das Munitionsministerium beschließt, alle großen Schnapsbrenn-  
ereien für die Munitionsabteilung zu benutzen. Die Besitzer der  
Fabriken werden für die Benutzung der Fabrikanlagen vermutlich  
eine Entschädigung bekommen.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Der Berliner Arbeitsmarkt.

Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 287 Krankenkassen Groß-Berlins hat nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin in der Woche vom 29. Januar bis zum 5. Februar eine nur geringfügige Veränderung (— 368 oder 0,08 Proz.) erfahren. Die Männer weisen ein Weniger von 1689 oder 0,35 Proz. auf, die Frauen ein Mehr um 1821 oder 0,21 Proz. Bei den 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen kam es im ganzen zu einer Zunahme von 1288 oder 0,19 Proz. Versicherungspflichtigen, das Ergebnis eines Rückganges um 379 oder 0,11 Proz. bei den Männern und einer Steigerung um 1567 oder 0,36 Proz. bei den Frauen. Bei den 206 gewerblich angeschlossenen Krankenkassen ist die Zahl der männlichen Versicherungspflichtigen um 1418 oder 0,59 Proz., die der Frauen um 265 oder 0,15 Proz. gesunken. Unter den einzelnen Gewerbegruppen zeigt u. a. die Sammelgruppe der sonstigen Krankenkassen eine Zunahme um 130 oder 1,54 Proz.; Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder haben erfahren: die Waren- und Kaufhäuser um 0,54 Proz., das Nahrungsmittelgewerbe um 1,15 Proz., die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe um 1,81 Proz. und das Baugewerbe — wesentlich unter dem Einfluß eingetretener Frostwetter — um 7,08 Proz.

Die Zahl der bei 88 Verbänden der Freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen sank in der Zeit vom 31. Januar bis zum 7. Februar von 2670 auf 2617, das ist um 53 oder 1,99 Proz. Während Steigerungen u. a. bei den Buchbindern (um 67), bei den Schlichtern (um 51) stattgefunden haben, wird eine nicht unerhebliche Abnahme der Arbeitslosen — und zwar um 123 — vom Fachverbände der Metallarbeiter gemeldet.

Die Bauanschläger haben durch ihre Schlichtungskommission mit dem Schlichter der Schlossereien und verwandten Gewerbe Verhandlungen betreffs einer Feuerzuzulage eingeleitet. Es wurde der Kommission gegenüber dem auch zum Ausdruck gebracht, daß man nicht direkt gegen eine solche Zulage sei, bei den Affordarbeitern sei jedoch eine solche Aufbesserung nach Meinung der Unternehmer nicht angebracht, dagegen wäre man geneigt, den Lohnarbeitern entgegenzukommen. Die Arbeitgeber wollen darum erst einmal unter sich beraten, dann werden die Verhandlungen gemeinsam aufgenommen werden. Diese kommen aller Voraussicht nach in diesem Monat noch zum Abschluß.

## Deutsches Reich. Malerverbandstag.

Die fünfzehnte Generalversammlung des Verbandes der Maler, Zeichner und Weißbinder begann gestern morgen im hiesigen Gewerkschaftshaus. Anwesend sind 41 Delegierte (gegenüber 80 auf der letzten Tagung), je 6 Vorstandsmitglieder und Bauleiter und der Ausschuhvorsitzende Leiner-Hannover. Die Bundesorganisationen in Oesterreich und Holland haben Vertreter als Gäste entsandt. Die Generalkommission vertritt Silberstein in Berlin, die Zentralbauarbeiterkommission Heinke.

In der Eröffnungsrede verwies der stellvertretende Vorsitzende, Streine-Hamburg, auf die großen Aufgaben, vor die die Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges gestellt worden seien. Der Verband habe sich mit den übrigen Gewerkschaften auf den Standpunkt gestellt, daß die Kulturerrungenschaften Deutschlands verteidigt werden müßten. Der Krieg habe allerdings auch in den Kollegenkreisen schon große Opfer gefordert. Streine gedachte ferner in warmen Worten der übrigen Kollegen, die in den letzten drei Jahren gestorben sind, besonders des bisherigen ersten Vorsitzenden des Verbandes Zöbeler.

Wiegt-Berlin begrüßte den Verbandstag namens der Berliner Mitgliedschaft. Wille-Wien brachte die Grüße der Oesterreicher (sein Verband habe während des Krieges 85 Prozent der Mitglieder verloren) und Jensch-Holland für die holländische Organisation.

Den Geschäftsbericht über die Jahre 1913/15 erstattete Hierauf Streine. Er verwies auf die gedruckt vorliegende Berichte über 1913 und 1914 — von denen wir bereits einen Auszug brachten — und gab dazu Ergänzungen. Die verfloßene Geschäftsperiode bezeichnete Streine als die wichtigste und arbeitsreichste aller Perioden. Zu Anfang des Jahres 1914 hoffte man auf einen Aufschwung der Konjunktur. In den Monaten April und Mai zeigte sich gegenüber dem Vorjahre eine Besserung, da kam der Krieg, der auf so vielen Gebieten eine Umwälzung brachte. Bei seinem Ausbruch wurden alle Lohnbewegungen eingestellt. Auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat der Krieg keinen Einfluß gehabt, die Tarifverträge sind bisher von dem Krieg nicht berührt worden. Die Zahl der unter Tarife arbeitenden Kollegen ging aber um drei Viertel zurück, sie beträgt jetzt nur 18 000. Das Verhältnis mit den Arbeitgebern hat sich seit dem letzten Tarifabschluß günstiger gestaltet, die Differenzen haben abgenommen. Die Mitgliederbewegung nahm 1914 einen günstigen Anfang, es wurden im ersten und zweiten Quartal rund 12 000 Aufnahmen gemacht. Vom Jahresbeginn bis zum Schlusse des zweiten Quartals 1914 stieg die Mitgliederzahl um 2400, auf 47 280. Der Ausbruch des Krieges störte diese Entwicklung, er brachte durch das Einziehen der Kollegen einen rapiden Rückgang. Ende 1915 betrug die Mitgliederzahl nur noch 3574. — Im weiteren besprach der Berichterstatter die innerorganisatorischen Maßnahmen des Verbandes, die sich durch den Krieg nötig machten, und hob dann die Tätigkeit der Vertretung sämtlicher Gewerkschaften, der Generalkommission und der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Interesse der Arbeiter auf sozialem Gebiet und in der Lebensmittelfrage hervor. Diese Institutionen hätten getan, was getan werden konnte. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt worden wären, so seien doch manche Erfolge zu verzeichnen, die zum Vorteile der Arbeiterklasse gereichten.

Den Kassenbericht gab Weniger-Hamburg. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen in runden Zahlen 1913 2 106 000 M., 1914 1 281 000 M. und 1915 nur 573 000 M. Die Gesamtausgaben belaufen sich dagegen auf 2 948 000 M. 1913, 1 184 000 M. 1914 und 406 000 M. 1915. Von den einzelnen Ausgabenposten seien die wichtigsten hervorgehoben:

	1913	1914	1915
Streikunterstützung . . . . .	2 281 815,—	64 265,—	—
Krankunterstützung . . . . .	685 868,—	838 240,—	76 210,—
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	—	175 102,—	6 817,—
Familienunterstützung . . . . .	—	57 646,—	47 094,—
Wahregelungsunterstützung . . . . .	5 624,—	5 342,—	64,—

Das Vermögen des Verbandes betrug Ende 1915 825 882 M. Redakteur Mark-Hamburg berichtete über die Presse-Beschwerden gegen die Haltung des Verbandsorgans seien nicht erhoben worden. In den Vorgängen innerhalb der organisierten Arbeiterklasse hätte das Verbandsorgan nicht stillschweigend vorübergehen können. (Sehr richtig!) Der Verband, der schon selbst gegen Zerplitterungsversuche hätte ankämpfen müssen, wählte am besten, was diese bedeuteten. Er müsse sich darum auch jetzt gegen jede Zerplitterung der Arbeiterorganisation wenden. Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus das einzig Richtige. Dem hätte das Verbandsorgan Rechnung getragen.

Den Bericht des Ausschusses, der kein Allgemeininteresse hat, gab Leiner-Hannover.

An die Berichte schloß sich eine längere Aussprache, in der besonders die innerorganisatorischen Maßnahmen erörtert wurden, die bei Ausbruch des Krieges getroffen worden waren. Bedauert wurde, daß die Krankunterstützung gleich ganz zur Aufhebung kam. Der Beschluß des Weirats, daß den zum Militär eingerückten Mitgliedern die Mitgliedschaft voll angerechnet werde, wurde als zu weitgehend bezeichnet. Ueber die Frage, ob die Kollegen, die zeitweise vom Militär entlassen bzw. beurlaubt sind, beitragspflichtig zu sein, wurde eine klare Entscheidung getroffen. Vorstehender Streine erklärte, der Vorstand stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn diese Kollegen verdienen, sie auch wieder Beiträge leisten müßten. — Die Stellungnahme von Mark und Streine zum Krieg und zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion wurde von mehreren Delegierten unterstrichen; eine gegenteilige Ansicht kam nicht zum Ausdruck.

In den Schlussworten gingen die Berichterstatter auf die aufgeworfenen Fragen näher ein. Gegenüber dem Verlangen eines Delegierten, der Vorstand hätte seine Ansicht zu den Streitigkeiten in der Partei noch entschiedener präzisieren müssen und die Generalversammlung solle ihre Meinung festlegen, betonte Streine, daß er mit Mark übereinstimme, man solle aber vermeiden, den Streit in der Partei auch in die Gewerkschaften zu tragen.

Ein Antrag der Berliner Delegierten, die Kosten des Streiks bei der Firma Luyke in Adlershof auf die Hauptkasse zu übernehmen, wurde mit 27 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Dem Vorstand, der Redaktion und dem Ausschuh wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Verhandlungen wurden dann abends 7 1/2 Uhr vertagt.

## Aus der Partei.

### Stellungnahme der Kieler Parteigenossen zum Parteistreit.

In zwei sehr stark besuchten Mitgliederversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins — die erste am 20. Januar war von 2000, die zweite am 10. Februar von 1500 Personen besucht — nahmen die Kieler Parteigenossen Stellung zu den Differenzen in der Partei. In der ersten Versammlung sprachen die Genossen Ledebour und Legien. Die zweite Versammlung sollte lediglich der Debatte dienen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden hatte Genosse Ledebour am Schlusse der ersten Versammlung erklärt, daß er in die zweite Versammlung nicht kommen werde. Darauf erklärte Genosse Legien, daß dann auch für ihn keine Veranlassung vorliege, zur zweiten Versammlung zu kommen. Wider Erwarten war aber der Genosse Ledebour doch zur zweiten Versammlung nach Kiel gekommen, und zwar — wie in der Versammlung festgestellt wurde — auf Einladung von Genossen der Minderheit, ohne daß diese dem Vorstand des Vereins davon Mitteilung gemacht hätten, so daß der Genosse Legien nicht eingeladen werden konnte und deshalb auch nicht in der Versammlung anwesend war. Nach hürmlicher Geschäftsordnungsdebatte wurde von der Versammlung der Antrag, den Genossen Ledebour zur Versammlung zuzulassen, mit großer Mehrheit abgelehnt. — Darauf folgte eine mehrstündige Debatte über die Differenzen in der Partei, die durchaus sachlich verlief und in der immer noch einem Redner aus der Mehrheit ein Redner aus der Minderheit sprach. Nach Schluß der Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit — mehr als Dreiviertel der Versammlungsteilnehmer stimmte dafür — diese Resolution angenommen:

Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins Groß-Kiel, die unter Teilnahme von etwa 1500 Mitgliedern am 10. Februar im Gewerkschaftshaus tagte, steht nach Anhörung der beiden Referenten in der Hauptversammlung am 20. Januar auf dem Boden der Anschauungen der Mehrheit der Reichstagsfraktion, und hält die Bewilligung der Kriegskredite in der gegenwärtigen Zeit für geboten. Sie ist nicht als die folgerichtige Weiterführung der unfeindlich am 4. August für richtig erklärten Politik, um so mehr, als sich die Verhältnisse nach außen seither nicht geändert haben. Die Versammlung erblickt in dem Verhalten der Minderheit einen Disziplinbruch, der zu schwerer Schädigung aller Glieder der Arbeiterbewegung geführt hat. Wäher war einiges, geschlossenes Handeln der Partei und die Stärke der Partei. Das Vertrauen der Arbeiter beruht auf dieser Geschlossenheit, die nun gestört ist. Die Versammlung beurteilt daher als schärfste das Verhalten der 20 Fraktionsmitglieder, die dadurch nicht nur die Geschlossenheit der parlamentarischen Aktion gestört, sondern auch die Einheit der Partei stark gefährdet haben. Die Versammlung ist der Ansicht, daß alles daran zu setzen ist, die Kraft der Partei zu wahren, und fordert deshalb alle Genossen auf, in diesem Sinne zu wirken. — Die Anerkennung der Fraktionspolitik schließt nicht aus, daß die Reichstagsfraktion aufzufordern ist, unermüdet und mit allen Kräfte für weitere Maßnahmen einzutreten, welche der breiten Masse die schweren Lasten der Kriegszeit erleichtern.

Eine Resolution, welche das Verhalten der 20 Fraktionsmitglieder der Minderheit begrüßt und bedauert, daß die übrigen Fraktionsmitglieder dem Beispiel der Minderheit nicht gefolgt sind, die ferner das Verhalten des Genossen Legien, des Vertreters des Kieler Wahlkreises im Reichstage, bei der Abstimmung über die Kriegskredite bedauert und seinen Antrag in der Fraktionsgemeinschaft auf Ausschluß der 20 Mitglieder aus der Fraktion verurteilt, war damit gefallen.

Eine Konferenz für den Bezirk Breslau, der 18 Wahlkreise Mittelschlesiens umfaßt, hat folgenden Beschluß gefaßt:

Angesichts der Haltung der feindlichen Regierungen, die jede Friedensbereitschaft von sich weisen, kann die sozialdemokratische Fraktion keine andere Stellung als die der weiteren Verteidigung des Landes einnehmen. Die Konferenz lehnt die Auffassung der Minderheit ab und bedauert die Schädigung für die Partei, die sich aus dem Sondergehen der Minderheit ergibt.

Die Konferenz erwartet, daß die Fraktion in Zukunft wieder die Einigkeit und Geschlossenheit befinde, die den Interessen und den Wünschen der Arbeiterklasse entspricht.

Der erste Teil der Resolution wurde mit 28 gegen 3, der zweite gegen 2 Stimmen beschloßen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Die Elektrotechnische Fabrik Hehdt, May & Herg u. Co. A.-G. hat schon im Vorjahre die Dividende von 8 auf 12 Proz. erhöht. Sie überläßt ihre Aktionäre heuer mit einer Dividende von 20 Proz. und gibt auf zwei alte eine neue Aktie gratis aus, wodurch das Aktienkapital von 1,75 Millionen Mark auf 2,625 Millionen Mark erhöht wird. Obwohl das Gesetz zur Rückstellung von 50 Proz. des Nettogewinnes anordnet, weis die Gesellschaft nicht, wozu mit ihren Riesengewinnen und schenkt daher den Aktionären das halbe Aktienkapital durch Ausgabe von Gratisaktien.

Die hohe Gewinne aus der Verwertung der Lodenlaster gezogen werden zeigt der Abschluß von Pongs Spinnereien und Webereien A.-G. in Odenkirchen. Das Unternehmen, das durch fünf Jahre keine Dividende verteilt hat, gibt 20 Proz. auf die Vorzugs- und 14 Proz. auf die Stammaktien.

## Soziales.

### Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer.

Der preussische Minister des Innern hat im Anschluß an die von uns am 23. Januar mitgeteilte Bundesratsverordnung über die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer erläuternde Bemerkungen unter dem 30. Januar 1916 erlassen, die im nächsten Ministerialblatt zur Veröffentlichung gelangen werden.

Der Minister betont, einer der Hauptgesichtspunkte für den Ertrag der Bundesratsverordnung ist der gewissen, Anordnungen zu treffen, die geeignet und ausreichend erscheinen, den immer wieder erhobenen, zum Teil nicht unberechtigten Beschwerden über eine unzulängliche Versorgung der Kriegsfamilien den Boden zu entziehen. Daß dieses Ziel nunmehr erreicht wird — und daß dies

geschieht, ist im allgemeinen und militärischen Interesse eine Notwendigkeit — wird im wesentlichen von der Handhabung der Bestimmungen durch die Versorgungsverbände abhängen. Denn trotz der Befestigung gewisser objektiver Merkmale ist bei Prüfung der Bedürftigkeit den Versorgungsverbänden noch ein weiter Spielraum gelassen. An ihren, vor allem ihren verantwortlichen Leitern, wird es daher liegen, die gegebenen Bestimmungen so anzuwenden, daß den Familien der Kriegsteilnehmer die ihnen zuzehende Unterstützung zuteil wird. Der Minister verweist dann darauf, daß bei Prüfung der Unterstützungsanträge nicht mit Engbräugigkeit verfahren werden darf. Zumal bei der langen Dauer des Krieges und der Teuerung aller Lebensmittel werden jetzt auch früher mit Recht abgelehnte Anträge bei wohlwollender Prüfung für begründet zu erachten sein.

Von den Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften der Bundesratsverordnung seien die hervorgehoben, die sich auf die Frage der Bedürftigkeit und auf die eines Eingriffs der Aufsichtsbehörde beziehen. Nach § der Bundesratsverordnung ist Bedürftigkeit stets anzunehmen und wenigstens der Mindestsatz der Unterstützungsbeiträge zu zahlen, wenn nach der letzten Steuerveranlagung das Einkommen des in den Dienst eingetretenen und seiner Familie in den Orten der Tarifklasse E 1000 M. oder weniger, in den Orten der Tarifklasse C und D 1200 M. und weniger, in den Orten der Tarifklasse A und B (hierhin gehört Berlin) 1500 M. oder weniger beträgt. Wenn der in den Dienst eingetretene mit seiner Familie am Einkommen keinen Ausfall leidet oder wenn sonstige Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung nicht benötigt wird, besteht in der Regel ein Anspruch nicht. Der Minister weist aber mit Recht darauf hin, daß trotz dem Familien, die ein höheres Einkommen haben, als in den Mindestsätzen festgelegt ist, als bedürftig angesehen werden können, wenn besondere Gründe hierfür sprechen. Als solche können z. B. in Frage: Vorhandensein einer teuren, nicht gleich abgebenen Wohnung, Krankheit in der Familie, größere Zahl von Kindern, Geschäftsschulden u. dergl. Die Frage, wie es denn steht, wenn der Eingezogene überhaupt nicht veranlagt ist oder wenn seine Einkommensverhältnisse sich geändert haben, erläuterte der Minister an dem folgenden Beispiel: „Hat ein in den Dienst eingetretener 1800 Mark versteuert, so daß an sich die Familie nach Abzug o des § 3 der Bundesratsverordnung nicht unterstützungsbedürftig wäre, und wird von dem Versorgungsverbände festgestellt, daß sich das Einkommen der Familie nach dem Diensttritt des Befruchtigten nur noch auf 1800 M. beläuft, so würde unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes in Orten der Tarifklasse A und B die Unterstützung zu gewähren sein, in Orten anderer Tarifklassen dagegen nur, wenn besondere Gründe vorliegen, die dies gerechtfertigt erscheinen lassen.“

Zu § 7 der Bundesratsverordnung, der den Aufsichtsbehörden über den Versorgungsverband das Recht beilegt Anweisungen zu erteilen, führt der Minister aus, daß er den Erlaß allgemeiner Anweisungen sich vorbehält. Ein formales Beschwerderecht, welches an Fristen gebunden wäre, bringe die neue Verordnung nicht. Es verbleibe vielmehr bei der Beschwerde im Aufsichtswege. Demgemäß seien die Aufsichtsbehörden gegen die Entscheidungen der Versorgungsverbände an den Regierungspräsidenten und gegen dessen Entscheidung an den Minister des Innern zu richten. Der § 7 ändere das bestehende Recht nach folgenden drei Richtungen: 1. Die Aufsichtsbehörden können künftig Anweisungen erlassen, 2. die Aufsichtsbehörden können in Zukunft auch die Zahlung von Familienunterstützungen in geeigneten Fällen anordnen und 3. in den Bezirken der Versorgungsverbände, in denen besondere Kommissionen über die Unterstützungsanträge entscheiden, haben über etwaige Beschwerden die Vertretungen der Versorgungsverbände zu befinden, das heißt in Landkreisen die Kreisaußschüsse und in Stadtkreisen die Magistrate (Oberbürgermeister).

Es ist zu hoffen, daß endlich, insbesondere auf dem Lande den Familien, denen bislang ihr Recht auf Unterstützung verweigert war, die Unterstützungen in Gemäßheit des Gesetzes, der Bundesratsverordnung und der Erläuterung des preussischen Ministers des Innern zuteil werde.

## Berichtszeitung.

### Ein geheimnisvoller Diebstahl.

Ein Strafprozeß, der drei Jahre lang die Gerichte in verschiedenen Instanzen beschäftigt hat, fand gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Forstmann seinen Abschluß.

Unter der Anklage des schweren Diebstahls hatte sich der Hausbesitzer Oskar Hoffmann aus Rahnsdorfer Straße zu verantworten. In einer Januarnacht des Jahres 1913 wurde der zwei Meter hohe Drahtzaun, der die Baumhülle der Gemeinde umgibt, zerhackt und eine Anzahl junger Tannen, Nichten und Apfelbäume aus der Baumhülle entwendet. Nach den Fußspuren mußte die Tat von zwei Personen ausgeführt sein. Durch einen Zufall bemerkten einige Tage später die Gärtner der Gemeinde, daß auf dem Grundstück des Angeklagten unter den dort im Garten befindlichen Bäumen auch die der Gemeinde gestohlenen standen; sie erkannten die Bäume, die sie selbst angezogen hatten, an gewissen forstwirtschaftlichen Merkmalen mit Sicherheit wieder. Auf Veranlassung des Gemeindevorstandes Köhler wurden die Bäume darauf beschlagnahmt und ausgegraben. Der völlig unbefohlene Angeklagte, der vier Grundstücke besitzt, stellte auf entscheidende Abrede, mit dem Diebstahl irgendwo in Verbindung zu stehen. Er erklärte, daß er auf seinem Grundstück für über 600 Mark Bäume angepflanzt habe und deshalb nicht mehr genau angeben könne, woher jeder einzelne Baum komme. Soviel er wisse, habe er die Bäume aus einem Berliner Warenhause gekauft. Die Strafkammer hielt die Täterschaft des Angeklagten im Hinblick auf die nachgewiesene Identität der Bäume für festgelegt und verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Revision ein mit dem Erfolge, daß das Reichsgericht das erste Urteil aufhob und die Sache an die Strafkammer zurück verwies. Die erneute Verhandlung brachte eine Ueberraschung. Es war nämlich inzwischen aus dem Felde von dem als Flieger im Osten stehenden Sohn des Angeklagten beim Gericht ein Brief eingegangen, in dem der Sohn unter Ausdrücken tiefsten Schmerzes über die Verurteilung seines Vaters sich selbst der Täterschaft bezichtigte. Er gestand in diesem Briefe, daß sein Vater ihm seinerzeit zum Anlauf von Bäumen aus dem Warenhause Geld gegeben, daß er dann aber das Geld für sich verbracht und, um dem Vater seinen Fehltritt zu verheimlichen, zusammen mit einem anderen jungen Menschen namens Veil aus der Baumhülle der Gemeinde Bäume entwendet und als angeblich gekaufte nach Hause gebracht habe. — Angesichts dieser Enthüllung, die dem Angeklagten selber ganz unerwartet kam, erwiderte sich die Vernehmung des Sohnes, sowie jenes Veil als erforderlich und die Verhandlung mußte daher vertagt werden. U. der gleichfalls im Felde steht, bestritt bei seiner kommissarischen Vernehmung vor dem Gerichtsoffizier, daß er bei dem Diebstahl mitgewirkt habe. Der Sohn des Angeklagten blieb bei seiner Selbstbezichtigung. — In der Schlussverhandlung, die jetzt stattfand, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wiederum vier Monate Gefängnis, da er von der Annahme ausging, daß der Sohn keinen Glauben verdiene, weil dieser offenbar nur seinen Vater vor dem Gefängnis retten wolle. — Das Gericht kam aber diesmal zur Freisprechung des Angeklagten, weil die Sachlage zum mindesten nicht genügend geklärt sei.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Mittwoch mittag. Mild, zeitweise aufkarend, aber noch vorwiegend trübe und etwas neblig. An den meisten Orten leichte Regenfälle.



Zur Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die Resolution des Abgeordnetenhauses.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte in einer amtlichen Erklärung die Veröffentlichung der bekannten mit Mehrheitsbeschluß angenommenen Resolution der Staatshauskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses als einen Versuch zurückgewiesen, „als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen“.

Wer die Vorgänge kennt, weiß, daß diese Deutung des offiziellen Organs genau ins Schwarze trifft. Daß nichtsdestoweniger die Hauptveranstalter der Aktion sich jetzt als die harmlosesten Menschen von der Welt ausgeben suchen, hat seinen eigenen Humor.

Da wir leider nicht die Möglichkeit besitzen, unsere eigene Auffassung mit der wünschenswerten Deutlichkeit zu entwickeln, wollen wir den Lesern durch Wiedergabe der markantesten Presse-Stimmen die Möglichkeit eines Urteils zu ermöglichen versuchen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint arglos:

Die Kommission hat am 9. Februar einen Beschluß gefaßt, der einstweilen dem Ministerpräsidenten mitgeteilt wird. Der Beschluß wurde in einem Zeitpunkt gefaßt, wo der Öffentlichkeit noch nichts Authentisches über die Absichten der Reichsregierung in der in ihm behandelten Frage bekannt war. Darauf erscheint die amtliche Denkschrift über die beabsichtigte Instruktion der Unterseeboote für die Behandlung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe, und der Öffentlichkeit werden in authentischer Form die Äußerungen des Kanzlers und des Unterstaatssekretärs Zimmermann über die Forderung Amerikas in Sachen der „Lusitania“ übergeben. Diese Mitteilungen geben der Kommission die erfreuliche Gewißheit, daß ihre Auffassung dieser Fragen von den verantwortlichen Stellen geteilt wird: Und nun veröffentlicht sie ihren Beschluß.

Das ist alles! Niemand, der die Klare und unzweideutige Veröffentlichung der Kommission unbefangen betrachtet, kann daraus etwas anderes herauslesen, als daß die Kommission dem Ministerpräsidenten die Zustimmung zu seiner Haltung ausgesprochen und vor der in- und ausländischen Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen will, daß die preussische Volkvertretung und damit das preussische Volk in dieser nationalen Lebensfrage hinter der Regierung steht.

Wie eine „Einwirkung“ auf die Entschlüsse der verantwortlichen Stellen dadurch versucht werden kann, daß man ihnen die Zustimmung zu ihrer Haltung ausspricht, ist doch wirklich schlechthin rätselhaft.

Demgegenüber stellte sich in der Sonntagsnummer das „Berl. Tageblatt“ auf diesen Standpunkt:

Diese Antwort war dringend nötig, war sogar unermesslich, da das ganze Hervortreten der Abgeordnetenhausskommission in einer Frage der auswärtigen Politik eine Verletzung der Reichsverfassung, eine ungesetzliche Einmischung in die Rechte des Kaisers, der Reichsregierung und des Reichstages bedeutet. Die Herren v. Heydebrand, v. Jeditz und Genossen, die diesen Vorstoß inszeniert haben, wußten genau, daß sie verfassungswidrig handelten, und sie wußten auch, daß es keineswegs ihrer Ermahnungen bedurfte, um die Oberste Exekutivleitung und die Reichsregierung zu einer möglichst wirksamen Führung des Unterseebootskrieges zu bewegen. ... Wenn die Aktion trotzdem, mit großem Redeaufwand, unternommen wurde, so geschah das, weil sie seit langem —, etwa seit dem Tage, wo die Thronrede von der kommenden Wahlreform sprach — geplant und vorbereitet war. Man darf nach der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wohl hoffen, daß der Reichskanzler auch weiterhin nicht geneigt sein wird, vor solchen Aktionen zurückzuweichen.

Um was es sich bei dem Vorstoß der Kommissionenmehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses und auch bei der späteren Pressekampagne in Wirklichkeit handelte, sagt Theodor Wolff in der Montagausgabe des „Berl. Tageblatts“ noch weiter auseinander:

Einen Tag lang herrschte in der Beurteilung der deutschen Regierungsdenkchrift volle, ungetrübte Einigkeit. Am zweiten Tage aber ranzelten die Anhänger des uneingeschränkten Torpedos bereits wieder die Stim. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte zu schreiben gewagt, wenn der amerikanische Staatssekretär Lansing in London die Enttarnung der Handelsschiffe durchsetzte, „dann bewegen sich die Wünsche und Absichten der Deutschen und Amerikaner durchaus in derselben erfreulichen Linie“, und das offizielle Wolffsche Bureau hatte diese Äußerungen übernommen und weiter verschickt. Sofort erklärte der Politiker der „Deutschen Tageszeitung“, das sei eine Entwertung der Denkschrift, und er fügte hinzu: „Ob derartige Vorschläge, selbst wenn sie vom Wolffschen Telegraphenbureau den Stempel staatsmännischer Weisheit erhalten haben, geeignet sind, die Achtung des Auslandes vor den deutschen Denkschriften in Kriegzeiten zu erhöhen, erscheint uns mehr als zweifelhaft.“ Das Deutsche Reich, hieß es weiter, wäre „dem Gelächter der Welt“ preisgegeben, würde es „die Grundlage seiner Seefahrt auf diplomatische Erfolge des Herrn Lansing in London stellen“. Noch schärfer und noch deutlicher fordert die „Kreuzzeitung“, daß „unter keinen Umständen die Art unseres Lauchbootkrieges von der Bewaffnung der feindlichen Handelsschiffe abhängig zu machen sei“.

In den erwähnten Artikeln wird nur fortgesetzt, was — zuerst heute vor acht Tagen — in der Staatshauskommission des preussischen Abgeordnetenhauses begonnen worden ist. Dort haben die Herren v. Heydebrand, v. Jeditz, Friedberg und ein kleinerer Nationalliberaler aus einem Säwermindustrie-Kreise, namens Bacmeister, eine Art Ueberwachungskomitee gebildet, das der Obersten Exekutivleitung und den verantwortlichen Leitern der Reichspolitik die weitere Kriegführung vorschreiben will. ... Was haben sich die Sturmläufer des preussischen Abgeordnetenhauses bei ihrem Vorstoß gedacht? Friedberg und sein Bacmeister vermutlich sehr wenig und Heydebrand und der unvermeidliche Jeditz desto mehr. Heydebrand hat längst kein Vergnügen an dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, er fürchtet einen fatalen Zug nach links und der sanfte Wahlrechtswinkel in der Thronrede hat ihn ganz erzürnt. Man tut ihm wohl nicht unrecht mit der Behauptung, daß sein Herz für den gegenwärtigen Reichskanzler keine Schätze von Liebe birgt. Erst wurde der Versuch gemacht, die öffentliche Meinung für unmögliche Kriegsziele und sinnlose Zukunfts-forderungen zu gewinnen, und das konnte dem leitenden

Manne unbequem werden, der die Dinge anders sah und anders sehen mußte und dem die Ausführung überlassen blieb. Dann verlangte man im Verein mit überzeugten Fachleuten, die nur die marineteknische Seite der Sache zu betrachten brauchten, immer schärfere Methoden des Unterseebootskrieges, und in dem Augenblick, wo die Denkschrift die wichtigste und gerechteste Maßregel aussprach, übertrumpfte man sie bereits wieder durch die von der „Kreuzzeitung“ formulierte These, die Torpedierung dürfe unter keinen Umständen von der Bewaffnung der feindlichen Handelsschiffe abhängig sein. Auch Herr v. Heydebrand und seine Mitstreber sind von der Richtigkeit dieser Ansicht und von der Nützlichkeit des uneingeschränkten Torpedos gewiß ehrlich überzeugt. Aber wenn auf diese Weise der Reichskanzler mittorpediert würde, so wäre ihr Seelenschmerz nicht uneingeschränkt.

Wozu wir noch bemerken wollen, daß dieser Kampf eines preussischen „Honoratiorenausschusses“, wie das „Berliner Tageblatt“ es nennt, keineswegs erst jüngeren Datums ist, sondern bereits vor fast einem Jahre zäh und zielbewußt begonnen worden ist.

Die „Freisinnige Zeitung“ widmet der Auseinandersetzung einen Artikel, in dem es am Schluß heißt: „Man würde, so meinen wir, die Urteilsfähigkeit derjenigen, die die Bekannmachung des Beschlusses veranlaßt haben, unterzügen, wenn man annehmen sollte, sie hätten die überaus bedenklichen Folgen des Schrittes nicht übersehen. Es müssen also Gründe vorliegen, die es ihnen trotzdem erwünscht machten, den Gegensatz zwischen dem Abgeordnetenhause und dem Reichskanzler hervorzuheben zu lassen. Wenn man sich die Mehrheit der Zweiten preussischen Kammer betrachtet, so liegt es nahe, daran zu denken, daß es das Versprechen der Wahlreform ist, was die Stimmung veranlaßt hat. Wir sind gleichfalls dieser Meinung, glauben aber, daß es auch noch gegenläufige Auffassungen über andere Punkte sind, die diesen Zwiespalt haben im gegenwärtigen Moment offenkundig werden lassen.“

Aus Groß-Berlin. Mein alter Kupferkessel.

Als der Großvater die Großmutter nahm, da erstand er einen kupfernen Waschkessel. Den hat die Großmutter ein Menschenalter hindurch benutzt. Als sie zu alt war, um noch große Wäsche abhalten zu können, ging der Kessel in den Haushalt meiner Mutter über.

Wenn ich an meine frühe Kindheit denke, dann erscheint vor meinem Auge das Bild einer sehr bescheidenen Kleinstadtwohnung. Die enge Küche war nur mit dem notwendigen Gerät ausgestattet. Jedes Stück zeugte für den Reichtums-sinn der Hausfrau. Oben auf dem Schrank strahlte in rötlichem Glanz der kupferne Waschkessel. Er war das Schmuckstück in der dürftigen Küche. Sein gleichender Schimmer allein gab dem ganzen Raum einen gewissen Anschein von Behäbigkeit.

Als ich in die Jahre kam, wo ich der Mutter zur Hand gehen konnte, da habe ich den alten Kessel oft mit Ehrfurcht von seinem Platz genommen, ans Feuer gestellt, mit Seifenlauge gefüllt und manches Wäschestück darin abgekocht. War der Waschtage zu Ende, dann bearbeitete ich unseren Kupferkessel mit dem Puzlappen. Im neuen Glanz leuchtete er wieder auf seinem alten Platz.

Später, als die Familie größer und größer geworden war, zogen manchmal Nahrungsorgen bei uns ein. In solchen Situationen spielte auch unser Kessel eine Rolle. War er doch eines der wenigen Wertstücke, durch deren Verkauf man Brot ins Haus hätte schaffen können. Manches entbehrliche Stück unseres Hausrats mußte in jenen Zeiten den Weg zum Tröddler oder ins Leihhaus gehen. Doch über dem Kessel hielt Mutter stets die schützende Hand. Sie konnte es nie über sich gewinnen, sich des alten Erbstückes zu entäußern. So blieb er uns denn auch trotz aller Not erhalten. Doch einmal mußten wir ersichtlich um seinen Besitz bangen. Das war auch in einer Kriegszeit. Im Spätommer des Jahres 1870. In unserer Familie war die materielle Not wieder einmal auf das höchste gestiegen. Wir konnten die Miete nicht zahlen. Es gab keine Möglichkeit, den Hauswirt zu befriedigen oder ihn zur weiteren Stundung zu bewegen. Damals hatten die Hauswirte noch das Recht, dem Mieter, der nicht zahlen konnte, das ganze Mobiliar bis auf das letzte Stück zu pfänden. Es stand das also in Aussicht, daß wir zu Michaelis die Wohnung, wie wir gingen und standen, würden verlassen müssen. Doch schließlich gelang es uns, den unerbittlichen, gut situierten Hauswirt hinteres Licht zu führen. Unterstützt von mitfühlenden Nachbarn konnten wir den besseren Teil unseres Hausrats heimlich hinausbefördern. So wurde neben manchem unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand auch der alte Waschkessel zu Mutter's Freude gerettet.

Längst hat meine Mutter die Augen für immer geschlossen. Der ehrwürdige Kupferkessel dient mir nun selbst seit vielen Jahren bei der Reinigung der Wäsche.

Man mag mich ein sentimentales Weib heißen, aber es ist nun einmal so: Als vor Monaten die Bekannmachung erging, daß die Kupfergeräte mit Beschlag belegt sind, da betrachtete ich Großmutter's Kessel mit wehmütigen Blicken. Alter Wursch — dachte ich — jetzt greift eine Hand nach dir, die stärker ist als die Hand des Hauswirtes in meiner Vaterstadt. Diesmal gibt es kein Entrinnen. Drei Generationen hast du treu gedient. — Das ist nun dein Ende.

Doch wieder leuchtete mir ein Hoffnungsstrahl. Die freiwillige Ablieferung von Kupfer- und Messinggeräten brachte reichen Ertrag. In mehreren Sammelstellen habe ich es gesehen, wie sich Krüderhausrat aus rotem und gelbem Metall zu Bergen häufte. Das reicht vorläufig — dachte ich — und wenn der Krieg nicht mehr lange dauern sollte, kann ich meinen alten Erbessel behalten.

Jetzt weiß ich, daß ich vergebens gehofft habe. Gestern brachte mir der Postbote ein amtliches Schreiben: Das Todesurteil meines Kupferkessels. —

An einem der nächsten Tage muß ich ihn abliefern. Freud und Leid dreier Familien ist über ihn hingegangen. Auf lachende und weinende Gesichter schimmerte sein Glanz vom hohen Bord herab. Ein Stück Familiengeschichte hängt an dem alten Gefäß.

Wenn er aus meinen Händen in den Gewahrsam der Metallammelstelle übergegangen sein wird, dann ist die Vergangenheit des alten Erbstückes ausgelöscht. Unter hunderten seinesgleichen, von denen so mancher vielleicht auf ein ebenso

ehrwürdiges Alter zurückblickt, ist er nichts weiter als vier bis fünf Kilo altes Kupfer. — Bald wird das friedliche Dasein des nützlichen Hausgeräts im Schmelzofen enden, um als Geschloßteil aufzuerstehen und Tod und Verderben in die Reihen feindlicher Truppen zu tragen.

So wandeln sich die Dinge im Lauf der Zeiten.

Vom Zweckverband Groß-Berlin.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth tagte am Montag der Zweckverband des Verbandes Groß-Berlin im Berliner Rathaus. Fünf Stunden währte der Oberpräsident v. d. Schulenburg den Verhandlungen bei. Unter anderem wurden einige grundlegende Haushaltsfragen erledigt. Der zwischen den wichtigsten Vorarbeiten der Stadt Schöneberg und der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen entstandene Rechtsstreit, der jetzt vor den Zweckverband gebracht worden ist, wurde einem Unterausschuß zur Vorberatung überwiesen. Zustimmung erteilt wurden die Bebauungspläne für das „Radeland“ in Spandau und der Generalbebauungsplan für Marzahn. Die Verteilung des vierhundert Morgen großen Bauervaldes bei Schöneberg und Adlershof auf diese beiden Gemeinden in steuerlicher usw. Beziehung nach gleichen Grundätzen fand die Zustimmung des Verbandsausschusses. Der Antrag der A. G. G. wegen teilweiser Einstellung bzw. Einschränkung der Bauarbeiten der A. G. G.-Bahn und der Weiterführung der Bahn wurde mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen zwischen den direkt Beteiligten (Berlin usw.) vertagt.

Vom städtischen Schweinefleischverkauf.

Das Nachrichtenamt des Magistrats verbreitet folgende Mitteilung:

Die Erwartungen, welche das Berliner Publikum an den neuen eingerichteten städtischen Schweinefleischverkauf knüpfte, haben insofern zu früh eingetroffen, als die Schweinefleischlieferungen vom Lande nicht schon bei Beginn in vollem Umfang eintreffen. Diese Beobachtung ist nicht nur in Berlin, sondern auch in den übrigen beteiligten Großstädten gemacht worden und hängt damit zusammen, daß die Anzucht der Fettschweine besondere Sorgfalt in Anspruch nimmt und die regelmäßige Gestaltung der Roggen-schrotlieferung voraussetzt. Es darf aber festgesetzt werden, daß die Lieferung der Fettschweine aller Voraussicht nach schon in nächster Zeit kräftiger einsetzen wird. Infolgedessen hat bisher nur eine kleinere Zahl von Verkaufsstellen eingerichtet werden können und es hat auch die Verkaufszeit entsprechend beschränkt werden müssen.

Soweit sich Schwierigkeiten dadurch ergeben haben, daß der Verkauf in den Markthallen stattfindet, in denen auch zahlreiche andere als städtische Verkaufsstellen vorhanden sind, und die Räumlichkeiten eine schnelle Abfertigung des Publikums verhindern, sollen die Verkaufsstellen aus den Markthallen heraus in benachbarte geeignete Räumlichkeiten gelegt werden, in denen eine schnellere Abfertigung des Publikums gewährleistet erscheint. Aus der Markthalle VI (Adlerstraße) ist der Fleischverkauf bereits herausgelegt; eine gleiche Maßnahme wird demnächst bei der Markthalle XIV (am Wedding) und bei der Markthalle VIII (am Andreadeplatz) getroffen werden. Bekanntlich sollen die Ausweisarten lediglich zur Kontrolle dienen, damit nicht, wie dies bei der Abgabe von anderen Waren zu beobachten war, einzelne Personen von Verkaufsstelle zu Verkaufsstelle ziehen und dort zum Schaden anderer Waren auf Vorrat einkaufen.

Ein Veteran.

Den 70. Geburtstag feierte am gestrigen Tage der Vorkämpfer der Kranken- und Sterbelasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins, Fritz Zug, der am Waterloo-Ufer 9 wohnt. Fritz Zug ist im wahren Sinne des Wortes ein Veteran der Arbeiterbewegung. Für die genannte Klasse war derselbe mit geringer Unterbrechung circa 25 Jahre Vorkämpfer. Seine Gattin feierte mit ihm gemeinsam ihren Geburtstag. Den älteren Genossen ist er noch aus seiner Tätigkeit unter dem Sozialistengesetz bekannt. Wir wünschen dem Jubelpaare noch einen recht angenehmen Lebensabend.

Die neuen Petroleumarten.

Die von der Stadt Berlin für die 9. bis 14. Woche (10. I. bis 20. II. 1916) ausgegebenen Petroleumkarten (II. Petroleumartenperiode) laufen mit dem 20. Februar 1916 ab. Die Ausgabe der neuen Petroleumkarten erfolgt von Freitag, den 18. Februar ab, in den Brotkommissionen, und zwar, wie das letzte Mal, nur gegen Rückgabe der Kopie der alten Karten. Diese Kopie sind also nach Abrechnung des letzten Abschnitts von dem Karteninhaber sorgfältig aufzuheben und der Brotkommission bei Entnahme der neuen Karten vorzulegen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf das Fängerwerden der Lage die neuen Petroleumkarten nur auf die Hälfte des Quantums der alten Karten ausgestellt sind, so daß jeder Karteninhaber auf die neuen Karten nur halb so viel Petroleum erhält, wie auf die alten Karten.

Reichsstelle für Gemüseanbau.

Eine Zentralstelle für Gemüsebau im Kleingarten ist dieser Tage ins Leben gerufen worden. Die Zentralstelle, die in Berlin, Behrenstr. 21, ihren Sitz hat, und deren Tätigkeit sich auf das ganze Reichsgebiet erstrecken soll, hat die Aufgabe, Hand in Hand mit Gemeinden, Verbänden und Vereinen den Anbau solcher Gemüse zu fördern, die für die Volksernährung während des Krieges besonders wichtig und bedeutungsvoll sind. Zur Erreichung dieses Zweckes bedarf es zunächst, soweit dies in einzelnen Gegenden noch nicht gegeben sein sollte, der Vereinfachung geeigneter Landereien, sei es ungenügend, sei es gegenwärtig geringe Vergütung. Den Besitzern von Kleingärten werden ferner zu mäßigen Preisen geeignete Sämereien, Pflanzen, Dünger usw. zur Verfügung gestellt werden müssen. Endlich sollen Überalterte Interessenten sachverständig beraten werden, und wo es an ausreichenden Arbeitskräften fehlt, soll auch für solche nach Möglichkeit gesorgt werden. In allen diesen Fragen will die neue Zentralstelle Rat und Auskunft erteilen.

Das Familien drama in der Torgauer Str. 11 in Schöneberg hat nunmehr seine Auflösung gefunden. Wie gemeldet, wurde in dem genannten Hause am letzten Freitagmorgen der Schlosser Paul Lehmann und seine Ehefrau in ihrer in dem vierten Stockwerk gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Verschiedene Umstände ließen die Vermutung zu, daß es sich dabei um ein Verbrechen handeln könne. Nunmehr haben aber die polizeilichen Ermittlungen mit Sicherheit ergeben, daß das Lehmannsche Ehepaar im gegenseitigen Einverständnis Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt hat.

Die Heimstätte für Kinder in Heinersdorf (Kreis Teltow) ist infolge neuerlicher Auftretens von einigen Diphtherie-Erkrankungen nach erfolgloser tageweiser Sperrung auf zwei Wochen geschlossen worden.

„Männer- und Frauenchor Df“. Der Männerchor Df hat einen Frauenchor gegründet. Der Chor trat mit nahezu 50 Sängerinnen ins Leben. Unter der Leitung des Chormeisters E. Zbilio finden die regelmäßigen Übungsstunden jeden Dienstag, abends 9—11 Uhr, Große Frankfurter Str. 30, statt. Eintrittsgeld wird bis zum 1. April nicht erhoben. Der wöchentliche Beitrag beträgt 10 Pf. Sangeskundige Frauen und Mädchen sind freundlichst eingeladen.



**Kleine Nachrichten.** Umfangreiche Hausdiebstähle wurden in einer hiesigen Großhandlung aufgedeckt. Das Geschäft vertreibt Nahrungsmittel aller Art und beschäftigt viele Leute. Die Diebstähle wurden 13 Angestellte und Helfer festgenommen. Die Ermittlungen sind aber noch nicht abgeschlossen und werden wahrscheinlich noch einen größeren Umfang annehmen. Hausdurchsuchungen, die die Kriminalpolizei in den Wohnungen der Beteiligten vornahm, förderten an einigen Stellen so große Warenmengen zutage, daß es eines Fuhrwerkes bedurfte, um sie wegzuschaffen. — Reiche Leute machten Einbrecher in der Nacht zu gestirnt in der Kommandantenstraße. Hier drangen sie in eine Wollensfabrik ein und stahlen für etwa 10 000 Mark Waren und Stoffe aller Art, Seide, Samt, Wolle, Wollens usw. — Zweimal in acht Tagen wurde eine Lederhandlung in der Petersburger Straße von Einbrechern heimgesucht. Vor acht Tagen stahlen sie für 2000 Mark Leder verschiedener Art, in der Nacht zum Montag wieder für 900 Mark. — Für etwa 1500 Mark Zeitungen wurden in derselben Nacht aus einer Metallwarenfabrik in der Dranienstraße gestohlen. — Schaufenster-Einbrecher sind in Wilmersdorf und Charlottenburg aufgetreten. In der Falanenstraße räumten sie die Auslagen eines Kolonialwarengeschäfts aus, in der Euanstraße erbeuteten sie aus dem Fenster einer Weißwarenhandlung für 500 Mark Soden.

## Aus den Gemeinden.

### Teuerungszulagen in Reinickendorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung Teuerungszulagen an die in der Gemeinde angestellten Personen zu gewähren. Die Zulage beträgt für Beamte und Lehrer mit einem Dienstverhältnis von 2500 bis 3000 M. 5 Proz., von 2000 bis 2500 M. 10 Proz., von 1500 bis 2000 M. 15 Proz., Beamte mit einem Gehalt von unter 2000 M., ferner alle Diätäre, Bureauhilfsarbeiter und Gemeinbedienstete erhalten eine Zulage von 20 Proz., mindestens jedoch 25 M. pro Monat. Unverheiratete Beamte mit einem Einkommen von nicht mehr als 2000 M. erhalten eine monatliche Zulage von zwölf Mark, die Bureauhilfsarbeiterinnen 5 M. Die Gemeindearbeiter, denen am 1. Januar 1915 eine Teuerungszulage von 10 M. gewährt worden war, erhalten eine weitere Zulage und zwar Verheiratete 10 M. und Unverheiratete 5 M. im Monat. Allen verheirateten Beamten, Lehrern und Arbeitern wird ferner eine Familienzulage von 5 M. für jedes Kind unter 16 Jahren gewährt. Die Zulagen werden rückwirkend ab 1. Januar 1916 gewährt. — Infolge Ausschließens des Gemeindeoberordneten Postsekretärs Reumann aus der Gemeindevertretung waren für verschiedene Verwaltungskommissionen Neuwahlen zu vollziehen. Hierbei wurde unser Genosse Selke in die Schuldeputation für die Volksschulen gewählt. Bei der Wahl der Mitglieder zum neuerrichteten Mietseingangsamt wurden zu Weisigern gewählt: als Vertreter der Vermieter die Herren Dühr, Schorch, Labarre und Bagemann, und als Vertreter der Mieter unsere Genossen Gursch, Klammann, Engel und Schliebner. Von den bei der Verfassung der Gemeindevertretung im Jahre 1914 gewählten sechs neuen Gemeindeoberordneten wurden die Herren Dühr und Ernst Schulze ausgetauscht, an deren Stelle Ersatzwahlen vorgenommen werden müssen. Einer Versicherung gegen Unfall, die die Hilfeleistung der Berliner Feuerwehr sichert, wurde zugestimmt. Von einer am Orte anhängigen, an Kriegslieferungen beteiligten Firma wurde der Gemeinde ein Darlehen von 500 000 M. gewährt. Der Zinssatz beträgt 5 Proz. Die im neuen Rechnungsjahre zu erhebende Kanalisationsgebühr wurde auf 4,8 Proz. des amtlich festgestellten Gebäudesteuer-Aufschlagwertes festgesetzt.

### Aus der Steglitzer Gemeindevertretung.

Aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses wurde in der letzten Sitzung mitgeteilt, daß das Jahr 1912 mit einem Ueberschuß von 98 633,43 M. abgeschlossen hat. Zur weiteren Unterhaltung des von den westlichen Vororten gestifteten Lazarettzuges sind 20 000 M. erforderlich. Auf die Gemeinde entfallen davon 6000 M. Da die Kirchengemeinde die Hälfte dieser Summe trägt, so beschloß die Gemeindevertretung, die übrigen 9000 M. zu bewilligen. Der Zentralkomitee für Kriegsfürsorge werden, da die bewilligten 90 000 M. nahezu verbraucht sind, weitere 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Für Einrichtung eines Kinderheimes (des dritten in der Gemeinde) in der Markusschule werden die geforderten 1420 M. ebenfalls bewilligt. Zur Hebung der Wirtschaftlichkeit des Elektrizitätswerkes sind verschiedene Verbesserungen geplant, zu deren Ausführung ein Kredit bis zu 50 000 M. aus den Mitteln des Erneuerungsfonds bewilligt wird. — Weitere 4000 M. werden für eine Transformatorstation bereitgestellt. — Außerhalb der Tagesordnung bringt G.-V. Leimbach (Soz.) die Vuterlamität zur Sprache. Der Gemeindevorstand will die bevorstehenden Verhandlungen der Groß-Verkäufer Gemeinden abwarten und sich dann über eine eventuelle Einführung der Vuterlamität schlüssig werden. Eine Rahrmittelkarte zur Kontrolle beim Gemeindeverkauf wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden, und zwar durch die Hausbesitzer.

### Lebensmittelfarten in Notawese.

Von jetzt ab dürfen Schmalz, Speck, Erbsen, Bohnen, Reis, Kartoffeln und Heringe, soweit diese Waren aus den Vorräten der Gemeinde bezogen sind, in den Verkaufsstellen der Gemeinde sowie von den örtlichen Handel- und Gewerbetreibenden nur auf Grund der von der Gemeinde ausgefertigten Lebensmittelfarten an die Einwohner verkauft werden. Die Karten werden werktäglich außer Sonntags im Zimmer 8/9 des Rathhauses von 3—5 Uhr nach Prüfung der Ortsangehörigkeit durch Vorlegung amtlicher Schriftstücke ausgegeben oder können unter Führung des Nachweises der Ortsangehörigkeit schriftlich nachgefordert werden. Sorgfältige Aufbewahrung der nicht abtragbaren Karten ist notwendig, weil verlorengegangene nicht ersetzt werden.

## Aus aller Welt.

### Immer mehr verdorbene Lebensmittel!

In der „Berliner Morgenpost“ vom Sonntag, den 13. d. M., findet sich ein Inserat, in dem angekündigt wird, daß am Donnerstag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, 10 000 Kilogramm ital. Salamawurst in Rissen und Röhren, nur zu technischen Zwecken verwendbar, in den Lagerräumen Polymarktstraße 20 meistbietend versteigert werden.

Bei den gegenwärtigen Zuständen auf dem Fleischmarkt ist ein Kommentar wohl überflüssig.

Granaten sind kein Spielzeug! Trotz verschiedener zur Kenntnis der Deffentlichkeit gekommener schwerer Unglücksfälle wird immer noch viel leichtsinniger Unfug mit noch nicht explodierten Geschossen getrieben. Jetzt kommt wieder aus Wien eine solche Meldung. Dort spielten in dem Hause Weichurmstraße 26 Kinder mit einem Blindgegangenen Hausbüchsenknabell, das ein Uelauer aus dem Felde mitgebracht hatte. Das Geschöß fiel zu Boden und platzte. Vier Kinder wurden tödlich, eine Frau leicht verletzt und mehrere Wohnungen beschädigt.

Ein ähnliches Unglück ereignete sich in Leuthen. Der vierzehn Jahre alte Sohn des Arbeiters Kasper war in den Besitz eines Schrapnell gekommen, das er in Unkenntnis des gefährlichen Inhalts mit einer Axt bearbeitete. Das Geschöß explodierte und riß dem unglücklichen Knaben die rechte Hand und die untere Hälfte des Gesichts weg und durchschlug über dem Auge den Schädel. Der Knabe verstarb bald darauf.

Wann wird die Unfug, diese gefährlichen Gegenstände nach bewohnten Orten mitzubringen, endlich aufhören?!

**Eine Familientragödie.** In Waupen (Sachsen) hat am Sonntag die zu Besuch bei ihren Eltern weilende Frau des Kaufmanns Rosener aus Dresden in einem Anfall von Schwermut sich selbst und ihre beiden Kinder im Alter von drei und fünf Jahren mit einem Revolver erschossen. Frau Rosener hat die Tat in einem Anfall von Schwermut über den Tod ihres Mannes verübt.

Eine amerikanische Munitionsfabrik durch Brand zerstört. Nach einer Meldung des Reuterischen Bureaus wurde die große Munitionsfabrik der General Electric Company in Schenectady (Staat New York) durch ein Feuer, dessen Ursache unbekannt ist, zerstört.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 454 der preussischen Truppen enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: Garde-Grenadier-Regiment Franz, Elisabeth, Augusta. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier-Regiment. Infanterie-Regiment. Infanterie-Regiment Nr. 1 bis einschl. 4, 7, 8, 9, 11, 26, 28, 29, 34, 43 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 118), 55, 57, 61, 74, 76 bis einschl. 82, 83 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 233), 84, 85, 87 bis einschl. 90, 92, 117, 128, 130, 181, 186, 187, 140, 142, 150, 151, 152, 155 (f. Inf.-Regt. Nr. 29), 157, 158, 159 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 34), 160 bis einschl. 166, 168 bis einschl. 172, 174, 175, 176, 187 bis einschl. 190. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 3, 5, 11, 12, 25, 27, 29, 61, 78, 77, 80 bis einschl. 84, 87, 88, 91, 92, 118, 204, 213, 214, 215, 217, 220, 221, 223, 227 bis einschl. 230, 232, 233, 234, 236, 239, 240, 249, 250, 251, 253 bis einschl. 266. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 3, 4, 9, 10, 28, 35, 76, 78, 80, 81, 83. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 14 (f. Lubow.-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 2). Landsturm-Infanterie-Bataillone: 4. Reg. 2. Rossbach, 2. und 3. Münster, 1. Naugard, Naumburg, Reife, Neufahrwasser, 2. Neumünster, 1. Neufalg a. O., 1. und 2. Reuß, Neustadt i. Westpr., Neustettin, 1. und 2. Reustreit, Neutomischel, Rieneburg, Osnabrück, 1. und 2. Osterode, 2. Stolp. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 5. Reg. 10. des 7. Armeekorps (Minden), 3. Rossbach, 1., 7., 8., 14., 22. und 24. des 7. Armeekorps (sämtlich Münster), Rauen, 4. des 15. Armeekorps (Oberhofen), 4. Saarbrücken. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Bataillon (Minden) und Landst.-Rekruten-Ausbildungs-Bataillon Oberhofen. Jäger-Bataillone Nr. 4 und 6; Ref.-Bataillone Nr. 9, 20, 21. Kavallerie: 2. Garde-Dragoon. Dragoon Nr. 4; Husaren Nr. 7 und 17; Reserve-Husaren Nr. 9; Manen Nr. 12. 1. Landst.-Eskadron des 2. Armeekorps. Feldartillerie: Regiment Nr. 53, 75, 76; Reserve-Regiment Nr. 18; Landw.-Regiment Nr. 15. Feldartillerie-Abteilung Nr. 87. Pioniere: 1. Garde-Bataillon. Regiment Nr. 25. Bataillone: I. Nr. 5, I. Nr. 10, I. Nr. 26, I. und II. Nr. 27; Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 15. Pionier-Kompagnien Nr. 229, 237, 241; Reserve-Kompagnien Nr. 51, 78, 80; 2. Landwehr-Kompagnie des 14. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 212 und 312. Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 227, 230, 288. Feldfliegertruppe. Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 10. Armeekorps. Fortifikation der Feste Kaiser Wilhelm II.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 260 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits angegeben haben.

Die sächsische Verlustliste Nr. 263 melde Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 134, 329; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 103, 104, 108, 107, 241; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104, 108, 183; Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 23, 32; Landst.-Inf.-Regt. Nr. 19; Jäger-Bataillon Nr. 12. Fußartillerie-Regimenter Nr. 12, 19; Fußart.-Bataillon Nr. 55; Landwehr-Fußart.-Bataillon Nr. 19; Batterie Nr. 440.

## Parteiveranstaltungen.

Großlichterfeld. Heute, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Mitgliederversammlung: 1. Bericht des Reichstagsabgeordneten Genossen Jubelil. 2. Bericht von der letzten Vorstandskonferenz.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einb. Nr. 5, IV. Col. rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Verfassenden bestimmten Antrags ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erteilt, Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gesandtschaften und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**H. G. S.** In Berlin haben höhere Mädchenschulen keine besonderen Vorkursen, wenigstens dem Namen nach nicht. Aber sie haben einen Unterbau aus Klassen für den Elementarunterricht vom sechsten Lebensjahre an, die fast ausschließlich den Vorkursen gleichzusetzen sind. Das zehnjährige Mädchen kann aus der Gemeindefschule, ohne daß weitere Vorbereitung nötig wäre, in eine höhere Mädchenschule übergehen. Eine Erwähnung verdient darüber, in welche Klasse es aufgenommen ist. Das Schuljahr der öffentlichen höheren Mädchenschulen Berlins beträgt jährlich 140 M., auch in den untersten Klassen. — **H. S. 14.** Künftige Daten darüber werden erst in späteren Jahren zu erhalten sein. — **H. 1613.** Vorderrothgarten 61—62 dahelbst. — **G. S. 96.** Ein solcher Antrag wäre bei Ihrem Hauptamt zu stellen. — **G. S. 100.** 1. und 2. Reim. 3. Beantragen Sie die Zulassung auf dem Polizeirevier unter Vorlegung der Steuerbescheinigung oder einer Lohnbescheinigung über den Verdienst des verstorbenen Ehemannes. Auf Grund der von dem Ehemann geliebten Invalidenmutter kann die Witwe einen Anwartschaftsbescheid beantragen. Trifft später die Invalidenmutter ein, so kann die Witwe später auf Grund dieses Bescheides Witwenrente beziehen; für die Kinder wird eine Waisenrente gezahlt. 4. In der Vormärts-Buchhandlung. — **Robryn 16.** Wegen der Fahrt nach dort mühten Sie sich an das Generalkommando wenden. Sollen Sie die Stelle, wo der Sohn beurlaubt liegt, näher erforschen, so wenden Sie sich zunächst mit einer brieflichen Anfrage an die dortige Gemeindebehörde. — **H. J. 97.** Die Melikation muß durch den Arbeitgeber erfolgen. — **H. W. 40.** Dagegen können Sie in Rücksicht auf die Kriegszeit nichts unternehmen. — **H. S. 82.** Ja. — **M. S. 27.** 1. Die Reichskarten können Ihnen aus diesem Grunde nicht verweigert werden. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den Magistrat. 2. Reim. — **Charlottenburg, Ja.** — **S. W. 112.** Da der vierte Bruder auch nur als Reservist oder Landsturmmann eingezogen ist, besteht kein Anspruch auf Aufwandsentschädigung. — **S. S. 45.** 1. Da Ihr Austritt aus der Landeskirche erst im Januar 1914 erfolgt ist, haben Sie für das Jahr 1914 und für das Jahr 1915 bis zum 31. Dezember Kirchensteuern zu zahlen. 2. „Vollrecht“, jährlich, kann bei der Post abbestellt werden. — **T. S. 8.** Sie brauchen mit dem Umtausch nicht einverstanden sein, sondern können eine Preisüberzahlung verlangen, event. können Sie den Kauf rückgängig machen. — **T. S. 40.** Das Urteil ist jetzt nicht mehr abzuändern. — **M. S. 14.** Auch für Vermittler wird die Lösung gezahlt; stellen Sie einen Antrag an das Ersatzbataillon des Regiments, von dem Ihr Ehemann eingezogen wurde. — **H. S. 1.** Nach dem Erlaß des Kriegsministeriums soll für die Kinder der zum Militär Eingezogenen das Volksgeld noch und für die die höhere Schule besuchenden Kinder 750 vom Tausend, das ist etwas mehr als zwei Drittel, gezahlt werden. 2. Wegen der geringeren Vergütung müssen Sie den für den Soldaten vorgeschriebenen Instanzenmäßigen Beschwerdeweg beschreiten. — **Wilmersdorf 37.** Wenden Sie Ihren Schadenersatzanspruch beim Landratsamt des Kreises an, in dem Ihnen die Sachen abhandeln gekommen sind.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Aug. Strauß**  
am 11. Februar plötzlich verstorben ist.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an  
**Frau Berta Strauß**  
nebst Kindern  
**Max, Willi, Erich.**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Friedhofes im Landthor aus statt.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischlerbauer

**Otto Bannmann**  
am 9. Februar an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am 13. Februar stattgefunden.  
111/20 Die Ortsverwaltung.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gastwirt

**August Strauß**  
am 11. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle der Luther-Gemeinde, Landthor, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
61/29 Die Bezirksverwaltung.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**August Strauß**  
Kahlerstr. 5, Bezirk 5, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichhofes im Landthor aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
73/7 Die Ortsverwaltung.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Verband der Tapezierer.**  
Filiale Berlin.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Franz Triloff**  
am 8. Februar im Alter von 27 Jahren an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand.  
178/3

Herz  
Lauenburg

WILANDE DRESDEN

**Möbel-Angebot.**  
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten H. 2 an die Expedition des „Vorwärts“.  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Spenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Ida Specht**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Waisenverband, den Kollegen und Kolleginnen der D. B. Schleiferei I, dem Wirt und Pionier des Hauses Welterburger Straße 2, dem Köhlerischen Sängerkwartell, sowie dem Redner, Genossen Welle, meinen herzlichsten Dank. H

**Ernst Specht nebst Sohn.**

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockensaß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung, Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10—2 und 4—8

**Kennen Sie die Wohltat**  
einer Leibbinde?  
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie aller Art.

**Bruchbandagen**  
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege

**Pollmann, Bandagist**  
Berlin N., Lothringer Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin, Direksenstraße 20  
zwischen Bahnh. Alexanderplatz und  
Vollgeprüft. — Amtl. Kat. 3308.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenkassen

**Oskar Wollburg**  
Trauer-Magazin  
gegründet 1896  
Brunnenstr. 56-57  
Auf Wunsch Auswahlfertigung.  
Tel. Norden 8340.  
Blusen von 2.90 M. an  
Röcke von 4.75 M. an  
Wahrfertigung in 8 Stunden

**Münzen**  
Kunsthändler  
Bismarckstr. 46/47

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, schick, dauerh. Zustand  
von 25 Mark an. Möglichst Leber,  
Neis Promenade, 111/112 (Berl.)

**Arbeiter**  
Gesundheits-Bibliothek  
Jedes Heft 20 Pfg.